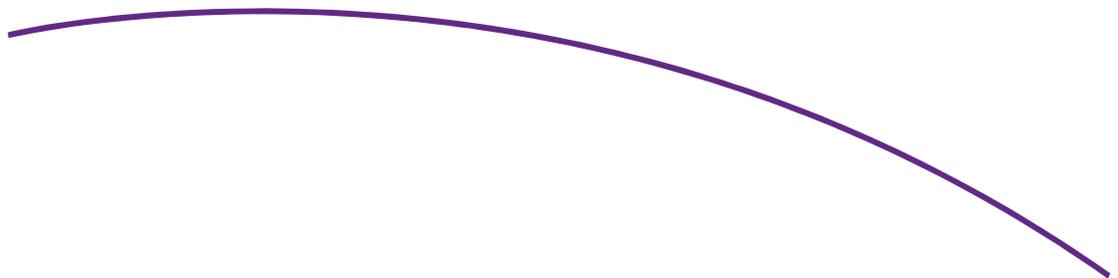


ODA-DATENÖDNIS

DIE MEISTEN BUNDESLÄNDER WOLLEN GAR NICHT MEHR SO GENAU WISSEN, WAS SIE IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT TUN

Ludger Reuke und Sahar Syawash



Zusammenfassung

Diese Neubearbeitung unserer bisherigen Studien von 2003 und 2006 über den Beitrag der Bundesländer zur deutschen „Offiziellen Entwicklungsunterstützung“, der ODA, leidet unter der „Datenödnis“, dem Verlust von nach 2005 nicht mehr erhobenen Daten zur Grobaufschlüsselung der entwicklungsrelevanten Leistungen der Bundesländer; sie ist daher zu unserem Bedauern weniger aussagekräftig als ihre Vorgänger. Sie beschreibt zunächst den Gesamtrahmen der deutschen ODA und ordnet die Leistungen der Bundesländer darin ein.

Sie wendet sich gegen die fortdauernde Verschleierung der Kürzungen, die durch die eigentlich nicht zulässigen „Studienplatzkosten“ überdeckt werden, und gegen die weitere Vergrößerung der sich seit Jahrzehnten weitenden Lücke zwischen der gut formulierten „Verbalität“ und der dürren Realität bei den entwicklungsrelevanten Leistungen. So ergibt sich wie 2006 die – leider noch verstärkte – Quintessenz:

Die Bundesländer haben sich aus ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung gestohlen – und wissen dabei genau, was sie (nicht) tun.

Das erfordert entschiedene Gegenwehr.

Impressum

Autoren: Ludger Reuke und Sahar Syawash

Redaktion: Anika Busch

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Schiffbauerdamm 15

D-10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Juni 2011

Bestellnr.: 11-3-01

ISBN: 978-3-939846-79-6

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/ez/bulae11.htm

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

ODA-DATENÖDNIS

DIE MEISTEN BUNDESLÄNDER WOLLEN GAR NICHT MEHR SO GENAU
WISSEN, WAS SIE IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT TUN

Ludger Reuke und Sahar Syawash

Neubearbeitung und Fortschreibung der Studien: „Zur Entwicklungszusammenarbeit der
Bundesländer: Erklärungen und Leistungen“ von 2003 und

„ ... denn sie wissen genau, was sie nicht tun: Die Bundesländer stehen sich aus ihrer
entwicklungspolitischen Verantwortung“ von 2006

Inhalt

Vorwort	5
A) Rahmen und Schwerpunkte	7
1. Politischer Rahmen	7
2. Finanzrahmen	8
B) Die Leistungen der Bundesländer 2004-2009	10
1. Zur Datenlage: Die neue ODA-Datenödnis	10
2. Der erfreuliche Anstieg der Länder-ODA: Ein Trugbild	11
3. Die Rechengröße „Studienplatzkosten“	11
4. Entwicklungsrelevante Leistungen	13
Hamburg	13
Bremen	14
Berlin	15
Nordrhein-Westfalen	16
Bayern	16
Baden-Württemberg	17
Rheinland-Pfalz	17
Hessen	18
Niedersachsen	19
Sachsen	19
Saarland	19
Schleswig-Holstein	20
Sachsen-Anhalt	20
Brandenburg	21
Thüringen	21
Mecklenburg-Vorpommern	22
C) Ausblick	23
Anhänge	25
I Rahmen für die Einordnung der ODA-Leistungen der Länder 1994 und 2004 bis 2009	25
II Leistungen 1994 und 2000 bis 2009 in absoluten Zahlen	27
III Von DAC-Ländern angemeldete und anerkannte Studienplatzkosten 2000 bis 2009	30
IV Leistungen 2005 bis 2009 im Verhältnis zu Einwohnerzahl, Gesamthaushalt und Bruttoinlandsprodukt	32
V Steigerungen und Kürzungen in den einzelnen Ländern 1994 bis 2009	38
VI Grafiken zu erreichtem Rang unter den 16 Bundesländern bis 2009	40
VII Zuständige Stellen für die Länder-EZ	49
VIII NRO-Ländernetzwerke	53
IX Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom Oktober 2008	56

Vorwort

Wie schon unsere vorausgegangenen Studien zur „Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer“¹ ist auch diese keine wissenschaftlich-kritische Aufarbeitung, sondern eine Serviceleistung, eine Handreichung für jene, die sich mit der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer (EZ) beschäftigen wollen oder müssen.

Auch für diese Studie gilt, dass sie in Tabellen und Grafiken „völlig unparteiisch“, im Text aber nicht immer „wertungsneutral“ ist.

Die Kritik am nicht immer nachvollziehbaren Zustandekommen und damit an der Zuverlässigkeit der Daten ist in den vergangenen Jahren nicht geringer geworden. Auch an der mangelnden Kontrolle durch übergeordnete Stellen hat sich nichts geändert; auch weiterhin wird nur auf „Plausibilität“ hin geprüft. Neu und erheblich schwerwiegender für diese Studie ist jedoch, dass uns eine ganz wesentliche Datenbasis für Einordnungen und Bewertungen abhanden gekommen ist: Die Angaben zur „Grobaufrückmeldung der Leistungen“ (2006: Anhang IV) und zur „Informations- und Bildungsarbeit“ (2006: Anhang VIII) werden von der überwiegenden Mehrheit der Länder nicht mehr erhoben, sind also nicht mehr verfügbar. Wir befinden uns in einer „ODA-Datenödnis“. Das hat Auswirkungen nicht nur auf die Tabellen, sondern auch auf die Textpassagen zu den Details der ODA-Leistungen der einzelnen Bundesländer, die auf der Auswertung dieser jetzt (ab 2005) fehlenden Tabellen beruhen. Intensive Nachfragen bei den Bundesländern sowie beim Statistischen Bundesamt brachten positive Antworten leider nur aus Bremen und Hamburg (2 von 16!). Unsere frühere Vermutung, dass wohl nur fünf bis zehn Prozent der Angaben und Aussagen für einen Leser aus den verschiedenen Bundesländern von Interesse seien, ist dadurch noch zutreffender geworden.

Der Text erläutert zunächst, wie gewohnt, den politischen und finanziellen Rahmen der gesamten bundesrepublikanischen EZ und ihrer Finanzierung, um den Stellenwert der Länder-EZ bestimmen zu können. Dazu dient auch die Tabelle im Anhang I.

Die Leistungen der Länder in absoluten Zahlen getrennt nach „entwicklungspolitisch relevanten“ Ausgaben und den sogenannten „Studienplatzkosten“ finden sich im Anhang II.

¹ Ludger Reuke, Caroline Schäfer und Sandra Albers: „Zur Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer: Erklärungen und Leistungen.“ Bonn (Germanwatch) 2003. Hier zitiert als „Studie 2003“. Ludger Reuke und Julia Kost: „... denn sie wissen genau, was sie nicht tun: Die Bundesländer stehlen sich aus ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung“. Bonn (Germanwatch) 2006. Im folgenden zitiert als „Studie 2006“

Zeitlich und räumlich stark erweitert haben wir die Tabelle III zu den von einer Minderheit der DAC-Länder angemeldeten Studienplatzkosten. Diese Erweiterung ermöglicht uns heute präzisere Aussagen als in der Vorgängerstudie.

Aussagen zu den Inhalten der von den Bundesländern als „ODA-anrechenbar“ gemeldeten Leistungen sind, wie erwähnt, noch schwieriger geworden als ohnehin schon 2006: Der alte Anhang IV muss entfallen. Die Zahlen, die Bremen und Hamburg aus eigenem Antrieb erhoben hatten und uns dann auch zur Verfügung stellten, werden im Textteil verwertet.

Wie in den Vorgängerstudien folgen (als neuer Anhang IV) Angaben zu den Leistungen in ihrem Verhältnis zur Einwohnerzahl, zum Landeshaushalt und zum Bruttoinlandsprodukt. Der Anhang V enthält zusätzlich ein Ranking in Zahlen für 2009. Abschließend werden bei jedem Land die wichtigsten *Entwicklungen in den Rangfolgen innerhalb der 16 Länder* erörtert. Jahr für Jahr sind sie von den Grafiken im Anhang VII abzulesen.

Für den alten Anhang VIII zur Informations- und Bildungsarbeit gilt das gleiche wie für IV: Nur Hamburg und Bremen haben Zahlen für die Jahre nach 2004 zur Verfügung gestellt. Der Anhang entfällt deshalb.

Was unseren Zuwachs an Kenntnissen, die Abnahme von Unkenntnis zur Länder-EZ angeht, möchten wir gern unsere 2003 begonnene „Erzählung aus der Forstwirtschaft“ weiterschreiben. Hatten wir uns am Anfang in einem Dschungel geglaubt, bald auf einer kleinen Lichtung, von der aus wir einige Schneisen schlagen konnten, so fühlten wir uns 2006 auf einigen Wegen schon ziemlich sicher. Wir mussten uns aber eingestehen, dass es auf manchen für zielführend gehaltenen Pfaden unerwartete Schlingpflanzen, Fallstricke und Irrwege gab, die wir nicht immer richtig erkannt hatten. In diesem Jahr stehen wir vor einer völlig anderen Situation: Als wir hoffnungsfroh weiteres neues Gelände (Daten) erkunden wollten, standen wir ganz plötzlich auf einer radikal gerodeten riesigen Fläche, so als wären wir ohne Übergang vom Dschungel in eine Wüstenei geraten. Wie soll man über Fauna oder Flora berichten und sie interpretieren, wenn gar keine vorhanden ist? Erst nach intensivem Weitersuchen entdeckten wir im hohen Norden dieser Ödnis zwei übriggebliebene kleine Baumgruppen, die uns zu einer etwas besseren, aber nur kleinräumigen Orientierung verhalfen.

Dass wir dennoch ein großes Stück weitergekommen sind, verdanken wir vielen hilfreichen Mitmenschen – unter ihnen besonders, aber nicht nur, den Statistikern beim DAC, im BMZ, beim Statistischen Bundesamt und in einigen der Bundesländer –, die auch weiterhin einen staatlichen Haushalt offensichtlich nicht als ein Geheimdossier, sondern ganz klassisch als „Das Buch der Nation“ sehen.

A) Rahmen und Schwerpunkte

1. Politischer Rahmen

Um den immer wieder aufgeflammt Streit darüber, ob Länder (und Kommunen) denn überhaupt „Entwicklungsunterstützung“ leisten dürften, da diese doch unter die „Auswärtigen Beziehungen“ falle, ist es ruhig geworden. Die Möglichkeit und auch die Nützlichkeit einer EZ durch die Bundesländer wird kaum noch bestritten.

Auch die früheren Auseinandersetzungen darüber, ob die Länder (nur) in Entwicklungsländern oder (nur) „zu Hause“ tätig werden sollten, ist einem „sowohl als auch“ gewichen – wobei die Nuancen in den Ländern durchaus unterschiedlich sind.

a) Die früheren Beschlüsse der Ministerpräsidenten

Die Beschlüsse von 1988, 1994 und 1998 haben wir in der „Studie 2003“ im Wortlaut abgedruckt und in der „Studie 2006“ in ihren wichtigsten Aussagen zusammengefasst. In allen drei Beschlüssen, wie in den Vorgängern von 1962 und 1977, waren vier Schwerpunkte genannt oder bekräftigt worden; 1988 hieß es:

„Die Ministerpräsidenten sehen die Schwerpunkte auch weiterhin in der

- Aus- und Fortbildung von Fachkräften vor Ort und im Inland
- Personellen Hilfe
- Durchführung von Projekten in Entwicklungsländern
- Entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.“

Den letzten dieser vier Schwerpunkte begründen sie u.a. damit, „dass die Zusammenarbeit (...) auch von der breiten Öffentlichkeit getragen werden muss“.

Dass der vierte Schwer- eher wie ein „Leichtpunkt“ behandelt wurde, haben wir in den Vorgängerstudien mehrfach bedauert, da wir – wie die allermeisten Nichtregierungsorganisationen (NRO) der EZ – dezidiert der Meinung sind, dass die Bundesländer (und Kommunen) hier gegenüber dem Bund den Vorteil einer größeren Bürgernähe haben, den sie auch zum Nutzen von Entwicklungsländern nutzen sollten. Dieser Hinweis wird umso wichtiger, als es einen neuen Beschluss von 2008 gibt, der sich in wichtigen Punkten von seinen Vorgängern unterscheidet. Wir hatten 2006 noch zu Recht festgestellt, dass in der Analyse und in den politischen Willenserklärungen der Ministerpräsidenten eine klare Kontinuität zu erkennen sei, u.a. weil sie immer wieder die Wichtigkeit der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und dabei der Rolle von Kirchen und NRO betont hatten. Diese Kontinuität ist 2008 nicht mehr erkennbar.

b) Der Beschluss vom Oktober 2008

Während bei allen Beschlüssen bis einschließlich 1998 deutlich die Handschrift der in den Bundesländern für die EZ zuständigen entwicklungspolitischen Fachleute zu erkennen ist, haben beim Beschluss vom Oktober 2008 wohl eher außenwirtschaftlich orientierte Beamte den Ministerpräsidenten die Feder geführt.

Die seit Jahrzehnten hochgehaltenen vier Schwerpunkte tauchen nicht mehr auf; vielmehr stellt das Papier die Aufgaben der Länder in den Rahmen der „Weltweiten Herausforderungen“.

Fast alle Überschriften könnten auch einer nationalen oder gar internationalen Erklärung entnommen sein. Zwar heißt es einleitend, die Länder wollten „ihre spezifischen Kompetenzen komplementär zu den nationalen und internationalen Akteuren einsetzen, ohne als weitere Geber in Konkurrenz zu ihnen zu treten“, aber in der Folge kommen „spezifische Kompetenzen“ kaum vor. Und wenn dann schließlich an letzter Stelle die „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ steht, so kommen NRO, Kirchen und entwicklungspolitische Aktionsgruppen nur noch vor in dem Sammelbegriff „bürgerschaftliches Engagement“, das es zu fördern gelte.

Von Entwicklungsländern oder gar den Menschen, die in ihnen wohnen, arbeiten und sich entwickeln – und die man dabei unterstützen könnte – ist kaum ein Wort zu finden, umso mehr von Akteuren der (deutschen) Wirtschaft und deren Interessen. Das alles kulminiert in dem Satz: „Die Entwicklungszusammenarbeit von heute ist die Außenwirtschaft von morgen.“ Die Akzentverschiebung nach der Bundestagswahl 2009 von der „Entwicklungsunterstützung“ zur „Außenwirtschaftsförderung“ wurde hier schon vorweggenommen.²

2. Finanzrahmen

Die ODA-Leistung³ der Bundesrepublik lag 2000, 2001 und 2002 bei ungefähr 5,5 Mrd. €, die ODA-Quote, d.h. das Verhältnis der ODA-Leistungen zum Bruttonationaleinkommen (BNE), betrug in jedem der drei Jahre 0,27%. Eine geringe Steigerung der ODA-Leistung auf knapp über 6 Mrd. € in den Jahren 2003 und 2004 ergab eine Quote von 0,28%. Die starke Steigerung der ODA-Leistung auf fast 8 Mrd. € im Jahr 2005, die fast ausschließlich auf den Schuldenerlass für Nigeria und vor allem für den Irak zurückzuführen war, führte auch (erstmal seit 1983!) zu einer wesentlichen Erhöhung der Quote auf 0,35%. Dass die Quote in den folgenden drei Jahren trotz des starken Rückgangs der Schuldenerlasse nicht

² Den gesamten Text des Beschlusses finden Sie im Anhang IX

³ Official Development Assistance ist die Summe der öffentlichen finanziellen Leistungen, die vom Development Assistance Committee der OECD in Paris als entwicklungsrelevant anerkannt sind.

wieder zurückging, sondern sogar leicht anstieg, lag an den (gegenüber dem Gesamthaushalt) weit überproportionalen Steigerungen im Einzelplan 23 (des BMZ) um rund 8% (2006 und 2007) und sogar über 14% im Jahr 2008 (Quote 0,38%). Umso überraschender war dann der Rückfall auf 0,35% im Jahr 2009 und wieder nur 0,38% im Jahr 2010 – statt der 2005 offiziell für 2010 zugesagten 0,51%.

Das 1970 in der UN-Vollversammlung gegebene, immer wieder erneuerte, nie eingehaltene Versprechen, „bis zur Mitte der Dekade“ (also 1975)⁴ 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden, wurde 2005 erneut, diesmal auf EU-Ebene, mit zeitlichen Vorgaben verbunden: Bis 2010 sollten 0,51% erreicht werden und die versprochenen 0,7% endlich 2015. Diese europäische Vorgabe wurde im Frühjahr 2005 noch von der rot-grünen Regierung auch für Deutschland verbindlich anerkannt. Sie wurde nach der Wahl in die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD übernommen, mehrfach im Parlament, in der EU sowie auf internationalen Gipfeln bekräftigt und zuletzt – schon mitten in der Finanzkrise – in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom Herbst 2009 bestätigt. Sie ist also offiziell verbindlicher Teil deutscher Politik – und wird dennoch bis dato nicht eingehalten.

Anlass zur Hoffnung gibt die Initiative der Sprecher *aller* im „Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ)“ des Bundestages vertretenen Fraktionen mit der Forderung, in den kommenden Jahren den Einzelplan 23 jährlich um 1,2 Mrd. € zu erhöhen und dadurch 2015 endlich die zugesagten 0,7% zu erreichen. Diese Resolution haben bis Mitte Mai 2011 bereits 346 Abgeordnete aus allen Fraktionen unterschrieben. Die absolute Mehrheit beträgt 316; wenn also bei den nächsten Haushaltsberatungen alle Unterzeichner zu ihrem Wort stünden, dann ...

Innerhalb dieses Rahmens machten die Leistungen der Bundesländer an der gesamten bundesdeutschen „Brutto-ODA“ 2004 auf den ersten Blick bedeutsame 9,29% (an der Netto-ODA sogar 11,05%) aus und haben sich bei geringen Schwankungen in den Folgejahren bis 2009 durchschnittlich bei fast genau 8% bewegt.

Bei genauerem Hinsehen relativiert sich dieses Bild jedoch; denn der weitaus größte Teil dieser Leistungen besteht aus entwicklungspolitisch höchst zweifelhaften „Studienplatzkosten“. Betrug deren Anteil an der gesamten Bundesländer-ODA 1994 noch knapp unter 80%, so stieg er in den Folgejahren stetig an bis auf durchschnittlich 94% in den Jahren 2004 bis 2009. Nur rund 6% sind bei nüchterner Einschätzung entwicklungsrelevant.⁵

⁴ Jahrzehntelang hat ein Autor vom anderen (wir auch) die falsche Behauptung abgeschrieben, es habe 1970 „keine zeitlichen Vorgaben“ gegeben. In der UN-Resolution 2626(XXV), (§ 43) heißt es jedoch: „Each economically advanced country will progressively increase its official development assistance to the developing countries and will exert its best efforts to reach a minimum net amount of 0.7 per cent of its gross national product at market prices *by the middle of the Decade.*“ Also 1975!

⁵ Zu genauen Detailzahlen siehe Anhang I

B) Die Leistungen der Bundesländer 2004 bis 2009

1. Zur Datenlage: Die neue ODA-Datenödnis

In der Studie 2006 haben wir diesen Abschnitt abgeschlossen mit dem Satz: „Unsere Skepsis gegenüber den Daten – nicht den Statistikern – ist in der Zwischenzeit stark gestiegen.“ Heute ist die Situation noch erheblich schlechter: Wichtige Daten werden uns nicht etwa vorenthalten; sie werden schlichtweg nicht mehr erhoben. Die Zuständigkeit für die Sammlung und Zusammenführung der ODA-relevanten Daten aus den 16 Bundesländern getrennt nach „Studienplatzkosten“ und „Anderen“ lag bis 2005 beim BMZ. Diese Aufgabe hat „im Auftrag des BMZ“ seither das Statistische Bundesamt übernommen. Die dort erhobenen Daten werden an das BMZ geliefert und von dort an das DAC der OECD weitergeleitet.

Da dem BMZ diese in Bezug auf Inhalte eher spärlichen Angaben für die eigene Arbeit nicht ausreichten, schickte es (bis 2005) einmal im Jahr einen kleinen handgestrickten Fragebogen an die zuständigen Landesstellen mit der *Bitte*⁶, sie ausgefüllt zurückzusenden; jährlich 14 bis häufig alle 16 folgten dieser Bitte. Gefragt wurde u.a. nach *Maßnahmen in Deutschland* (darunter *Informations- und Bildungsarbeit*), *Maßnahmen in Entwicklungsländern*, *Stipendien* sowie *Entwicklungsländerrelevante Forschung*.

Auf diesen Angaben beruhten unsere detaillierten Anhänge zur „Inhaltlichen Grobauschlüsselung der Leistungen“ (2006: Anhang IV) und „Leistungen für Informations- und Bildungsarbeit“ (2006: Anhang VIII) sowie die aus diesen Tabellen abgeleiteten Aussagen zu den genannten Themen im Länderteil B) 4.

Diese Daten werden seit 2006 nicht mehr angefordert und auch – außer in Bremen und Hamburg – nicht mehr intern erhoben. „Ersetzt“ wurden sie durch eine sehr detaillierte Frageliste „ODA nach Förderbereichen“, die aber – wie der gesamte „Abfragebogen“ – offensichtlich einheitlich konzipiert wurde für alle Ebenen, die „ODA-fähige“ Leistungen erbringen. Zur Erhellung unserer Fragestellung finden sich dort keine Angaben⁷. Dadurch wird die ohnehin nicht gerade üppige Datenbasis noch weiter verkleinert: Die Gabe, nicht vorhandene Daten zu bewerten, ist uns nicht gegeben.

Damit sind unsere Langen Reihen unterbrochen und der Wert unserer Studie im Vergleich zu den vorhergegangenen deutlich vermindert. Auch die Länder und das BMZ verzichten auf wichtige Daten. Dieser Zustand ist unhaltbar und müsste

⁶ Bundesministerien können Landesbehörden nicht anweisen, nur bitten.

⁷ Es ist z.B. nicht erkennbar, ob Leistungen für „Bildung“ in D oder in einem EL erbracht wurden. Gleiches gilt für „Gesundheit“ und andere „Förderbereiche“.

umgehend verändert, die Ödnis wieder aufgeforstet werden. Dieser – zusätzlichen – Mühe wollen sich bisher weder das Statistische Bundesamt noch – außer Bremen und Hamburg – die Bundesländer unterziehen.

2. Der erfreuliche Anstieg der Länder-ODA: Ein Trugbild

Die auf die ODA anrechenbaren Leistungen der Bundesländer haben sich in der Summe zwischen 1994 (369 Mio. €) und dem Spitzenwert 2005 (783 Mio. €) mehr als verdoppelt und sind seitdem bei leicht fallender Tendenz 2009 bei 704 Mio. € angelangt. Dadurch haben die Länder in den letzten zehn Jahren im Schnitt pro Jahr fast genau 8% zur bundesrepublikanischen Brutto-ODA beigetragen (zur Netto-ODA sogar 8,8%). Das ist beeindruckend – aber nur auf den ersten flüchtigen Blick. Denn die beträchtlichen Steigerungen sind ausschließlich auf die entwicklungspolitisch fragwürdigen „Studienplatzkosten“ beschränkt und verdecken die gegenläufige Tendenz bei den ohnehin erheblich niedrigeren entwicklungspolitisch relevanten Leistungen, die den früheren Schwerpunktsetzungen der Ministerpräsidenten eher entsprechen: z.B. Ausgaben für Aus- und Fortbildung von Fachkräften (u.a. Stipendien für Studenten und Führungskräfte), für Projekte in Entwicklungsländern und für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland.

Diese Leistungen haben sich – mit 75,6 Mio. € 1994 noch etwas über 20% der Länder-ODA – bis 2005 fast halbiert auf 38,2 Mio. € oder knapp unter 5%. In den folgenden vier Jahren haben sie sich geringfügig erhöht und machten um die 6% aus (2009 waren das 41,3 Mio. €).

3. Die Rechengröße „Studienplatzkosten“

Die Entwicklung bei den sogenannten „Studienplatzkosten“ ist spiegelbildlich genau umgekehrt. Sie machten mit rund 293 Mio. € schon 1994 fast 80% des Beitrags der Bundesländer zur deutschen ODA-Quote aus, stiegen dann Jahr für Jahr in absoluten Zahlen wie in Prozenten an der Bundesländer-ODA an und erreichten 2005 mit 745 Mio. € oder 95,12% an der Bundesländer-ODA ihren Höhepunkt. Trotz leicht fallender Tendenz in den absoluten Zahlen blieben in den Folgejahren die „Studienplatzkosten“ bei fast genau 94% (2009 waren es 94,13%), weil auch die entwicklungsrelevanten Leistungen weiter leicht zurückgingen.

Wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, müssten nach Adam Riese zwischen 1994 und 2005 die Kosten für jeden Studienplatz in Deutschland oder die Zahl der Studierenden aus Entwicklungsländern oder beide Zahlen wesentlich angestiegen sein. Naheliegender ist, dass der Anstieg einen dritten Grund hat: Die Aufspürung und rechnerische Erhöhung aller möglichen und unmöglichen bisher

nicht angemeldeten „Leistungen“. Mehrere Aussagen lassen darauf schließen, dass „Zahlenlieferanten“ aufgefordert wurden, das Potenzial möglichst weitgehend auszuschöpfen.

Dies ist umso einfacher, als die Basiszahlen in keinem öffentlichen Haushalt „als solche“⁸ auftauchen. Es ist uns nicht gelungen, zweifelsfrei zu ermitteln, wie sie genau zustande kommen, aber unsere Behauptung in der Studie „Alles in ODA, [o:da]?“ von 2008, „... dass diese angeblichen Kosten auf eine höchst dubiose Art und Weise von jeder Uni und Fachhochschule unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern in eigener Verantwortung berechnet werden“, blieb unwidersprochen.⁹

Die von uns aus DAC-Daten zusammengestellte und erheblich erweiterte Tabelle im Anhang III ermöglicht es, die Entwicklung der Anmeldungen von „Studienplatzkosten“ genauer nachzuverfolgen. Sie zeigt, dass seit 2000 in absoluten Zahlen nur Deutschland und (2001 und 2002 unterbrochen) Frankreich hohe Leistungen angemeldet haben. Neben ihnen sind – mit erheblich geringeren Summen bis 2002 nur Kanada, Spanien und die Schweiz vertreten, also nur fünf bzw. vier der damals insgesamt 22 DAC-Länder. Nachdem Auseinandersetzungen im DAC nicht zu einem völligen Verzicht auf diese Angaben geführt hatten, verdoppelte sich die Zahl der Länder bis 2009 auf zehn. In Prozent zur staatlichen Gesamt-ODA wurden Deutschland (7,64%) und Frankreich (7,39%) von Österreich (7,70%) und den besonders findigen Griechen (11,42%) sogar noch überholt. Aber obwohl das schlechte Beispiel Schule gemacht hat, sind die zehn anmeldenden Staaten gegenüber den jetzt 13 anderen immer noch in der Minderheit. Es gibt also immer noch Länder mit niedriger ODA-Quote wie die USA und Japan, zwei „Riesen“, die sich an die DAC-Richtlinien halten. Dass Deutschland auf den Pfad der Tugend zurückkehren wird, erscheint sehr unwahrscheinlich, solange das 0,7%-Ziel (*inklusive* Studienplatzkosten) nicht erreicht bzw. leicht übertroffen wird. Zur Zeit leisten Frankreich und Deutschland weiterhin hinhaltenden Widerstand gegen eine Eliminierung dieser eigentlich nicht anrechenbaren Rechengröße. Das kann man gedanklich nachvollziehen, billigen nicht.

⁸ Dies ist der Grund, warum die „Studienplatzkosten“ nach den DAC-Richtlinien überhaupt nicht angerechnet werden dürften. Dort heißt es, „imputed students' costs“ seien nur anrechenbar, wenn sie in einem öffentlichen Haushalt „as such“ aufgeführt seien. Das ist jedoch in keinem Bundesland oder Kommune der Fall. Darüber setzen sich Deutsche und Franzosen seit langen Jahren großmächtig hinweg – in den letzten Jahren zunehmend von kleineren Ländern gefolgt (siehe Tabelle III).

⁹ Wir verzichten auf die Wiederholung der „Faustformeln“, die uns genannt und von uns in den Vorgängerstudien angegeben wurden – sie sind einfach zu ungenau und zu sehr manipulierbar sowie wegen der fehlenden Transparenz nicht nachprüfbar. Auch die arbeitsintensive Antwort des Statistischen Bundesamtes auf unsere entsprechende Bitte um Erhellung bedient sich solcher Faustformeln, weist allerdings auf die Möglichkeiten von Differenzierungen hin. Sie nennt aber keine Beträge zu der Frage, wie viel denn ein Student in einem bestimmtem Fach koste. Zitat: „Berechnungen sind möglich nach Fächergruppen und Hochschularten.“

4. Entwicklungsrelevante Leistungen

Auf die seit 2005 zu verzeichnende ODA-Datenödnis haben wir im Titel, im Vorwort und im ersten Teil dieser Studie hingewiesen. Wir können zwar immer noch Angaben machen zu den entwicklungsrelevanten *Gesamtleistungen* der einzelnen Länder, nicht aber – wie noch 2006 – zur Entwicklung der zur Einordnung wichtigen Einzelkategorien. Mehr noch: Bei großen Sprüngen oder Einbrüchen von einem Jahr aufs nächste (z.B. Hessen oder Schleswig-Holstein jeweils 2004>2005<2006) fehlen die Informationen, die ein intensiveres Nachfragen (und Beantworten) ermöglichten. Dass der Nutzwert der Studie dadurch erheblich sinkt, bedauern wir selbst am meisten.

Weiterhin gilt: Bei Einwohnerzahlen zwischen 18 Mio. und unter 700 000 und bei der höchst unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer sagt ein Vergleich der absoluten ODA-Leistungen wenig aus. Interessanter ist es, die Leistungen der einzelnen Länder über die Jahre zu verfolgen und sie zu vergleichen in ihrem Verhältnis zur Einwohnerzahl, zum Bruttoinlandsprodukt und zum Landeshaushalt (Anhang IV und V sowie Grafiken im Anhang VI).

Das Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zeigt die Rangfolge der entwicklungsrelevanten Ausgaben angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an, und der Vergleich der Anteile am Landeshaushalt erlaubt Rückschlüsse auf den politischen Willen der jeweiligen Landesregierung.

Im Folgenden werden zunächst die ODA-Leistungen der drei Stadtstaaten beschrieben, dann die der Flächenstaaten, jeweils in der Rangfolge der Leistungen 2009 in absoluten Zahlen (ohne Studienplatzkosten); wie im Anhang II a).

Hamburg

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen schwanken von 1994 (5 568 000 €) über einen Tiefpunkt 2004 (3.699.284 €) bis 2008 (5 394 276 €) um 5 Mio./Jahr (2009: 4 740 000 €).

Schwer nachzuvollziehen ist der mehr als sechsfache Anstieg bei der „Programm- und Projektförderung“ zwischen 2004 (284 611 €) und 2005 (1 791 700 €); dies selbst dann, wenn man die Zahlen von 2002 und vorher als Vergleich nimmt. Nur an der Wiederaufnahme der 2003 und 2004 unterbrochenen „Sach- und Personalkosten für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit entwicklungspolitischer Zielsetzung“ kann es kaum liegen.

Die Ausgaben für die „Informations- und Bildungsarbeit“ – überwiegend von NRO – lagen zwischen 1995 (95 109 €) und 2009 (111.854 €) im Schnitt um eini-

ges über 100 000 €. Die Verminderung um 35% im Jahr 2004 (76 546 €) wurde 2005 (136 626 €) wieder kompensiert.

Dass die – im Vergleich zu anderen Bundesländern hohen – Gesamtzahlen so lange fast gleich blieben und dass sie 2004 nicht stärker einbrachen, ist zu einem sehr hohen Maße auf die Zahlungen für „Entwicklungsländerrelevante Forschung“ zurückzuführen, die von 1995 bis 2003 fast immer etwas über 3 Mio. € lagen und 2004 nur um ca. 14% auf pauschal 2 750 000 € gekürzt wurden (gegenüber einer Gesamtkürzung von 25%). Nach drei weiteren mageren Jahren stiegen sie 2008 wieder auf 3 511 381 €, also sogar etwas mehr als vor 2004. Fast alle diese Gelder gehen an das Deutsche Übersee-Institut (seit 2006 umbenannt in German Institute for Global and Area Studies, GIGA).

Hamburg ist das einzige Bundesland, in dem diese absolut wie relativ hohen Zahlungen von Jahr zu Jahr weit über die Hälfte (59,3% im Jahr 1995) bis zwei Drittel (66,7% im Jahr 2001) und 2004 fast Dreiviertel (74,3%) der gesamten Landesleistung ausmachen (2009: 70%).

Die Aufwendungen für „Entwicklungsländerrelevante Forschung“ sind auch der wichtigste Grund dafür, dass Hamburg im Ländervergleich der ODA-Leistungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl seit 1994 in fast allen Jahren die erste Position einnimmt (nur 2001 und 2004: Zweiter), im Verhältnis zum Gesamthaushalt Platz 2 oder 1 (seit 2004 durchgängig) und im Verhältnis zum BIP zunächst Platz 3, dann 2 und seit 2004 bis heute ebenfalls Platz 1.

Ohne die „Entwicklungsländerrelevante Forschung“, also ohne die Mittel für das GIGA, läge Hamburg im oberen Drittel (pro Einwohner) oder nur im Mittelfeld (BIP; Haushalt).

Bremen

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind von 1994 (1 410 000 €) bis 2003 (1 638 000 €) mit starken Schwankungen im Schnitt ungefähr gleich geblieben, sanken dann aber stark bis mäßig unter die Million (2009 auf 909 000 €).

Die „Programm- und Projektförderung“ erreichte von 1995 (216 867 €) in einem Bogen mit dem Scheitelpunkt 2000 (339 221 €) 2004 (220 813 €) wieder fast den Wert von 1995, ging aber bis 2010 schrittweise zurück auf 160 800 000 €.

In der „Informations- und Bildungsarbeit“ gab es in Bremen immer einen besonderen Schwerpunkt. Die IBA verdoppelte sich fast von 1995 (98 863 €) langsam steigend bis 2003 (182 815 €), fiel dann aber 2004 mit 80 787 € noch unter den Wert von 1995. Die Kürzungen gingen bis zum Tiefpunkt 2007 (30 540 €) weiter, erreichten aber 2010 mit 78 697 € wieder fast die Höhe von 2004. Diese Einbrü-

che waren im Wesentlichen auf allgemeine Kürzungen im Bremer Haushalt zurückzuführen, von denen auch die EZ nicht verschont blieb.

Auffällig ist die Position „Entwicklungsländerrelevante Forschung“. Vom Spitzenwert 1995 (948 549 €) stark fallende Tendenz bis 1999 (194 978 €), steiler Anstieg bis 2001 (738 063 €), Rückgang auf die Hälfte bis 2004 (378 784 €), dann nochmals gedrittelt und 2010 bei bedeutungslosen 5 000 € gelandet.

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern liegt Bremen in allen drei Kategorien in der Spitzengruppe, seit 2001 im Verhältnis zum Gesamthaushalt durchgängig auf Platz 3, zur Einwohnerzahl auf 2 oder 3 und zum BIP auf Platz 2 bis 4.

Berlin

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind von 1995 (7 949 255 €) bis 1999 (8 174 201 €) mit Schwankungen tendenziell gleich geblieben. Danach wurden sie von Jahr zu Jahr geringer und erreichten 2004 mit 2 228 805 € einen ersten Tiefpunkt, weniger als ein Viertel des Spitzenwertes von 1997 (9 070 406 €). Drei Jahre lang blieben die Leistungen leicht steigend ungefähr auf dieser Höhe, ehe 2008 (1 522 000 €) noch einmal um eine Million gekürzt wurde. 2009 steht der Wert auf 1 631 000 €.

Ab 1999 ist bis 2004 gleitend eine eindeutige Schwerpunktverlagerung feststellbar von „Programm- und Projektförderung“ und „Institutionelle Förderung“ auf „Stipendien für Studenten“.

Der Abfall in den beiden Titeln erklärt sich hauptsächlich aus der Verlagerung mehrerer staatsnaher Entwicklungsorganisationen aus Berlin nach Bonn. Auf den Berliner Haushalt wirkte sich insbesondere der Umzug des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) aus, dessen jährliche Kosten Berlin als Sitzort zu 25% übernommen hatte. Diese wurden fortan von NRW getragen.

Im Vergleich zu allen anderen Positionen wurden die „Stipendien an Studenten aus Entwicklungsländern“ von 1997 (1 643 408 €) bis 2004 (1 256 674 €) tendenziell am wenigsten gekürzt und stiegen prozentual (zu den Gesamtausgaben) enorm an, von 18,1% (1997) auf 56,4% im Jahr 2004. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass Berlin trotz der genannten Umzüge weiterhin an der „Internationalität des Studienstandortes Berlin“ interessiert ist.¹⁰

¹⁰ Die Detailangaben bis einschließlich 2004 zu den Einzelbereichen „Maßnahmen in Deutschland“ mit „Programm- und Projektförderung“ sowie „Informations- und Bildungsarbeit“ zu „Maßnahmen in Entwicklungsländern“, zu „Stipendien für Fach- und Führungskräfte“ und für „Studenten aus Entwicklungsländern“ sowie zur „Entwicklungsländerrelevanten Forschung“ finden sich in der Studie 2006, Anhang IV. Wegen der inzwischen eingetretenen „Datenödnis“ sind diese Detailangaben für die Zeit ab 2005 für 14 Bundesländer (Ausnahmen Bremen und Hamburg) nicht mehr vorhanden und damit auch nicht interpretierbar.

Bis 2002 lag Berlin, der dritte Stadtstaat, in allen drei Vergleichskategorien stets in der Spitzengruppe, pro Einwohner immer mindestens auf Platz 4, im Verhältnis zum BIP zwischen 1997 und 2000 sogar auf Platz 1; seitdem fallend. Im Verhältnis zum Landeshaushalt war die Tendenz ab 1994 (7.) bis 1999 (2.) steigend, seitdem fallend: 2004 wurde hier nur noch Platz 10 erreicht. 2009 steht Berlin nur noch im Vergleich zum BIP auf Platz 4, pro Einwohner auf 6 und auf 8 im Anteil am Landeshaushalt.

Nordrhein-Westfalen

„In keinem anderen Bundesland haben sich die Grundüberzeugungen von Politikern und Parteien sowie Koalitionen und Machtverschiebungen nach Wahlen so stark auf die EZ ausgewirkt wie in NRW.“ Dieser Einleitungssatz in unserer Studie 2006 gilt im Wesentlichen auch weiterhin, aber unsere damals gut begründbare Vermutung, dass sich nach dem Wechsel vom Mai 2005 der kleinere Koalitionspartner FDP mit seiner ablehnenden Haltung zur EZ der Länder voll durchsetzen werde, hat sich nur zum Teil bewahrheitet.¹¹

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind 1995 (17 231 396 €) und 2004 (17 869 200 €) fast gleichhoch. 2004 lag das Land nicht nur bei den absoluten, sondern auch bei allen relativen Leistungen an der Spitze aller Flächenstaaten. Zwischendurch lagen die Leistungen meist noch höher mit dem Spitzenwert 2001 (22 322 823 €). Die Gesamthöhe verringerte sich bis auf 13 014 000 € im „Wechseljahr“ 2005. Nach einem deutlichen „Wiederanstieg“ verringerte sich die Summe bis 2009 auf 15 851 000 €.¹²

Im Ländervergleich lag NRW fast immer in der Spitzengruppe, seit 2001 in allen Kategorien immer unter den ersten 4, im Verhältnis zum Landeshaushalt 2002 und 2003 auf Platz 2 und 2001 und 2004 sogar auf Platz 1. Seither liegt NRW in allen drei Kategorien auf Platz 2 oder 3, und das trotz der fallenden Tendenz der NRW-Gesamt-ODA – die anderen Länder haben noch stärker gekürzt

Bayern

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind von 1995 (6 369 384 €) bis 2004 (4 189 733 €) in Wellen mit fallender Tendenz um mehr als ein Drittel (34%) gesunken, gegenüber dem Spitzenjahr 1996 (10 375 198 €) sogar um 60%. In den folgenden drei Jahren blieben die Leistungen ungefähr auf gleicher Höhe,

¹¹ Das ist u.a. das Verdienst von Karl Lamers, der die Abschaffung der „Stiftung Umwelt und Entwicklung“ und andere Radikalkürzungen verhinderte. Ein Jahr nach dem erneuten Wechsel nach der Wahl vom Mai 2010 gibt es erste zarte Hinweise auf eine kleine langsame Verbesserung.

¹² siehe oben Fußnote 10

steigerten sich 2008 und erreichten 2009 mit 6 130 000 € den höchsten Stand seit 2001.

In den Details ist Bayern das Bundesland mit den größten Schwankungen. Sie werden erklärt „durch Schwierigkeiten in der statistischen Erfassung“.¹³

Zwischen den einzelnen Jahren weist Bayern in den drei Vergleichskategorien häufig starke Schwankungen auf. Es besetzt nach sehr tiefen Rängen (1989 10. bzw. 11. und damit letzter im Verhältnis zum BIP; 1990 bis 1992 in allen Kategorien nur 9.) zwischen 1994 und 2000 Plätze um den Rang 6. In den folgenden Jahren geht es wieder bergab; 2003 liegt Bayern wieder in allen drei Kategorien auf Platz 9, 2004 im Verhältnis zum BIP (der stets reklamierten Stärke Bayerns) sogar nur auf Platz 12, d.h. nicht einmal mehr vor allen neuen Bundesländern.

Baden-Württemberg

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sanken von 1994 (20 690 000 €) erst langsam, dann seit 2001 drastisch bis 2004 (6 981 251 €) auf fast ein Drittel. Danach verlangsamte sich zwar der Rückgang, erreichte aber nur noch etwas mehr als ein Viertel von 1994. Offiziell heißt es dazu: „Die freiwillige Aufgabe EZ wurde proportional an den allgemeinen Sparzwängen bei den freiwilligen Aufgaben des Landes beteiligt.“¹⁴

Bis zum Jahr 2000 nimmt Baden-Württemberg in den drei Vergleichskategorien immer einen Platz unter den ersten Vier ein, im Verhältnis zum Landeshaushalt sogar fast immer (1989 bis 1998 sowie 2000) Platz eins. Seitdem sind nicht nur die absoluten, sondern auch die Leistungen im Verhältnis zu anderen Bundesländern deutlich zurückgegangen. Im Verhältnis zum Landeshaushalt wie zu den Einwohnern ist das Land 2009 auf Platz 5 und im Verhältnis zum BIP sogar auf Platz 7 zurückgefallen.

Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz nimmt unter den Bundesländern eine Sonderstellung ein, weil es seine Anstrengungen in der EZ auf die Zusammenarbeit mit dem offiziellen Partnerland Ruanda konzentriert. Das wirkt sich auch auf die nicht-staatliche EZ aus, auf zahlreiche nachhaltige „Ruanda-Partnerschaften“ von Kommunen, Kirchengemeinden, Vereinen oder Schulen und Hochschulen, deren Eigenleistungen im

¹³ siehe oben Fußnote 10

¹⁴ siehe oben Fußnote 10

folgenden nicht eingeschlossen sind. Sie würden die relative Position des Landes weiter verbessern.

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen waren vor 1994 relativ hoch, sanken im Jahr des Völkermords in Ruanda auf einen Tiefpunkt und steigerten sich anschließend 1995 mit 3 563 000 € und 1996 mit 2 855 000 € auf Spitzenwerte. Nach weiteren hohen Werten 2001 und 2004 (2 913 000 €) erreichten die Leistungen 2009 mit 1 737 000 € einen neuen Tiefstand, weniger als die Hälfte der Rekordsumme von 1995.¹⁵

Zwischen 1989 und 2001 – unterbrochen nur durch 1994, das Jahr des Völkermordes in Ruanda – pendelte das Land in allen drei Vergleichskategorien um Platz 6. Da Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren eines der ganz wenigen Länder mit steigenden ODA-Mitteln war, hatte es 2007 bei den Leistungen pro Kopf und im Verhältnis zum Gesamthaushalt Platz 4 und im Verhältnis zum BIP sogar Platz 2 erreicht. Nach den starken Kürzungen 2008 und 2009 reicht es nur noch zu den Plätzen 5 bis 8.

Hessen

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind vom Spitzenwert 4 892 000 € im Jahr 1994 mit Schwankungen bis 2004 (2 431 203 €) auf die Hälfte gesunken. Sie wären noch niedriger, wenn nicht 2004 erstmals mit über 400 000 € eine hohe Meldung unter „Entwicklungsrelevante Forschung“ aufgetaucht wäre. Die Angaben zu den Folgejahren, insbesondere 2005, sind mit Vorsicht zu betrachten: Nur 588 000 € im Jahr 2005, dann zwei Jahre um 3 Millionen, 2008 mit 4 183 000 € fast wieder auf der Höhe von 1994 und dann der heftige Absturz auf nur noch ein gutes Drittel 2009 (1 548 000 €) erscheinen wenig plausibel. Hier wären die in der Ödnis verloren gegangenen Detailangaben für die Zeit nach 2004 besonders nützlich.¹⁶

Im Bundesländervergleich nahm Hessen von 1989 bis 1994 einen oberen Mittelplatz ein, kürzte seine Mittel in den Folgejahren jedoch so sehr, dass es bis 1999 stark zurückfiel, im Verhältnis zum BIP sogar bis auf Platz 12. Da Hessen nicht noch weiter gekürzt hatte, lag es 2004 pro Einwohner und im Verhältnis zum Landeshaushalt auf Rang 8, im Verhältnis zum BIP auf Platz 9. Falls die Zahlen korrekt sein sollten, hätte Hessen 2008 den ziemlich hohen Rang 4 und 5 erreicht, wäre aber 2009 in allen drei Kategorien auf Platz 9 zurückgefallen.

¹⁵ siehe oben Fußnote 10

¹⁶ siehe oben Fußnote 10

Niedersachsen

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen haben sich von 1995 (2 225 767 €) bis 2009 (1 198 000 €) nahezu halbiert. Gegenüber 1994 (4 543 000 €) sind sie sogar auf fast ein Viertel gesunken. Dazwischen gab es über viele Jahre Leistungen von unter 1 Million.¹⁷

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern lag Niedersachsen von 1989 bis 1993 immer ungefähr auf dem 6. oder 7. Platz. Tendenziell ging es danach bergab. 2002 lag Niedersachsen mit 1 385 000 € in allen drei Kategorien auf Rang 11. Im Verhältnis zum BIP liegt es dort auch wieder 2009, pro Einwohner und im Verhältnis zum Gesamthaushalt nur einen Platz besser und damit auf gleicher Höhe (Gesamthaushalt) und sogar noch unter Sachsen (BIP und pro Einwohner).

Sachsen

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen liegen 1997 (458 143 €) und 2004 (433 129 €) sowie oft zwischendurch auf fast gleicher Höhe. Aus dem Rahmen fallen 1999 (1 404 027 €) und 2008 (1 093 000 €). Die 629 000 € im Jahr 2009 sind der höchste Wert seit 2001 (734 000 €).¹⁸

Nach für die neuen Bundesländer guten Platzierungen 1994 bis 1996 stand Sachsen 1997 und 1998 im Ländervergleich in allen drei Kategorien auf Rang 14; auf demselben Platz ist es 2004 wieder angelangt nach etwas – und 1999 viel – besseren Rängen in der Zwischenzeit.

Saarland

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind von 1995 (221 645 €) bis 1997 (201 602 €) in den Summen zuverlässig, aber wohl nicht in den Zuordnungen. Die Zahlungen sind 1998 abrupt auf weniger als ein Drittel gesunken, weil „Zuschüsse für die Renovierung des Einreisezentrums der CDG“ von diesem Jahr an nicht mehr ausgewiesen wurden. Ab 1999 wurde der Trend positiv. 2003 wurde ein Wert von 172 250 € erreicht. Deutliche Steigerungen gab es 2007 und 2008, bis im Jahr 2009 schließlich 466 000 € erreicht wurden.¹⁹

In der alten Bundesrepublik lag das Saarland nicht nur absolut, sondern meist auch relativ auf dem 11. oder letzten Platz. Ab 1993 rutschte es auch unter die meisten neuen Bundesländer und lag 2004 in allen drei Kategorien auf Rang 12,

¹⁷ Die Daten zu den Jahren 2003 und 2004 waren wohl unzutreffend und bleiben im Text unberücksichtigt; im übrigen siehe oben Fußnote 10

¹⁸ siehe oben Fußnote 10

¹⁹ siehe oben Fußnote 10

pro Kopf und im Verhältnis zum BIP gemeinsam mit Niedersachsen. Die Steigerungen der Jahre 2007 bis 2009 führten dazu, dass das Saarland 2009 pro Einwohner auf den 7. und im Verhältnis zum Gesamthaushalt und zum BIP sogar auf den 6. Rang gestiegen ist.

Schleswig-Holstein

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind mit dem Spitzenwert 2003 (1 815 520 €) zwischen 1994 (1 099 000 €) und 2004 (1 258 172 €) in etwa gleich geblieben. Wichtigste Position war meist die „Entwicklungsländerrelevante Forschung“ mit durchschnittlich knapp 40%. Schwer zu verstehen sind die Einbrüche 2005 (226 000 €) und 2008 (244 000 €); letzterer setzte sich 2009 fort mit nur noch 234 000 €.

„Entwicklungsländerrelevante Forschung“ war außer 2000 (227 944 €; d.s. 22,7%) und 2003 (607 000 € oder 33,4%) durchgängig die wichtigste Position für die „Schleswig-Holstein-ODA“. Im Schnitt erreichte sie 40%, 2002 (647 500 €) mit 48% fast, 1999 (583 200 €) mit 53,4% und wieder 2004 (645 524 €) mit 51,3% über die Hälfte der Landes-ODA. 1996 (782 045 €) waren es sogar zwei Drittel. Man kann vermuten, dass im Wegfall dieser Mittel der Grund liegt für die Einbrüche.²⁰

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern lag Schleswig-Holstein in allen drei Kategorien bis 1996 auf oder unter dem 9. Platz, dann bis 2000 auf dem 9. oder etwas darüber. Der folgende Anstieg hielt nicht an; 2004 lag das Land im Verhältnis zum Landeshaushalt auf Platz 7, pro Kopf und im Verhältnis zum BIP auf Platz 8, 2008 und 2009 in allen drei Kategorien auf Platz 13.

Sachsen-Anhalt

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind von 1994 (225 000 €) bis 2004 (229 000 €) mit leichten Schwankungen im Schnitt fast gleich geblieben. Zwischen 2005 und 2008 sind sie deutlich gesunken, aber 2009 mit 204 000 € fast wieder auf dem alten Stand angelangt.²¹

In allen drei Kategorien lag Sachsen-Anhalt in fast allen Jahren bis 2007 im Verhältnis zum BIP um Rang 14, in den beiden anderen Kategorien auf Rang 15 oder 16. In den Folgejahren hat sich das Land verbessert und steht 2009 in allen drei Kategorien auf Platz 12.

²⁰ siehe oben Fußnote 10

²¹ siehe oben Fußnote 10

Brandenburg

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen lagen von 1994 (652 000 €) bis 2001 (346 000 €) meist an der Spitze der neuen Bundesländer, was neben der Tätigkeit des Brandenburger Entwicklungspolitischen Instituts auch am Ministerpräsidenten Stolpe lag. Der neue Ministerpräsident Platzeck wollte ihm nicht nachstehen: Der Bau einer Trinkwasseranlage für einen Stadtteil von Peking ließ die Ausgaben 2003 bis 2005 stark in die Höhe schnellen auf 1 709 259 € im Jahr 2004. Diese enorme Steigerung, die Brandenburg nicht nur unter den neuen Bundesländern auf einen führenden Platz setzte, war auf diese Einzelmaßnahme zurückzuführen, die gravierende Rückschritte in allen anderen Bereichen verdeckte. So begrüßenswert die Maßnahme an sich erscheinen mag, so sehr widerspricht sie (zumal in Verbindung mit dem sonstigen Kahlschlag) den Schwerpunktsetzungen der Ministerpräsidenten für die EZ der Bundesländer; nachhaltig ist sie kaum. 2006 fiel der Wert gegenüber 2004 auf ein Zehntel (179 000) und erreichte 2009 gerade einmal 158 000 €.²²

Aus diesem Grunde konnte man des Vorrückens von Brandenburg 2004 auf einen der vorderen Plätze (Vierter im Verhältnis zum BIP, 5. pro Kopf und 6. prozentual zum Landeshaushalt) nicht so recht froh werden. Ohne diese Maßnahme hätte Brandenburg wie schon einmal 1995 in allen drei Kategorien mit weitem Abstand auf dem letzten Platz gestanden. 2008 rutschte das Land dann auch wieder in allen Kategorien auf Platz 15, 2009 nur einen Platz höher.

Thüringen

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen sind von 1994 (283 000 €) bis 1997 (392 334 €) gestiegen, dann aber mit einem „Loch“ 2000 (nur 71 464 €) bis 2002 (146 082 €) noch unter den Wert von 1995 gesunken. In den beiden Folgejahren 2003 (471 731 €) und 2004 (517 657 €) haben sich die Gesamtbeträge dann plötzlich mehr als verdreifacht. Bis 2008 gingen sie wieder auf 341 000 € zurück. Der sehr niedrige Wert 2009 mit nur 77 000 € kommt überraschend.²³

Durch starke Steigerungen in der „Programm- und Projektförderung“ stieg Thüringen 2004 im Ländervergleich im Verhältnis zum BIP auf den 10. Platz, pro Kopf und im Verhältnis zum Landeshaushalt auf den 11. Platz, nachdem es drei Jahre lang in allen drei Kategorien auf dem 16. und damit letzten Rang gelegen hatte. 2009 fiel das Land dann aber wieder auf Rang 15 in allen drei Kategorien zurück.

²²siehe oben Fußnote 10

²³siehe oben Fußnote 10

Mecklenburg-Vorpommern

Die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen erhöhten sich von 1995 (200 233 €) über den Tiefstwert 1999 (81 705 €), das Zwischenhoch 2000 (475 604 €) und die Spitze 2002 (534 769 €) in der Tendenz bis 2004 (383 189 €). Für beide Spitzen ist ganz überwiegend die „Entwicklungsrelevante Forschung“ verantwortlich. In diesem Fall wäre es besonders wichtig, die weggefallenen Daten für die Folgejahre zu haben, da der seit 2005 gegen Null tendierende Absturz unerklärlich erscheint, obwohl man vermuten kann, dass eine Streichung der Mittel für „Entwicklungsrelevante Forschung“ die Hauptursache ist.

Aufgrund der Steigerungen in den Aufwendungen für die „Entwicklungsrelevante Forschung“ ist Mecklenburg-Vorpommern vom 16. oder letzten Rang (mehrfach bis 1998) im Jahr 2004 auf die Plätze 10 (im Verhältnis zum BIP), 11 (pro Kopf) und 12 (im Verhältnis zum Landeshaushalt) aufgestiegen. Die drastischen Kürzungen ab 2005 ließen das Land auf den letzten Platz zurückfallen, 2009 in allen Kategorien.

C) Ausblick

Zwischen 1994 (75 605 000 €) und 2005 (38 191 000 €) haben sich die entwicklungspolitisch relevanten Leistungen der Länder von Jahr zu Jahr kontinuierlich verringert und innerhalb von zwölf Jahren nahezu halbiert. Der Anteil dieser Leistungen an der gesamten deutschen ODA betrug demnach 2005 nur noch 0,41%! In den Folgejahren stabilisierten sich diese Leistungen auf ihrem niedrigen Niveau; der Anteil an der deutschen Gesamt-ODA blieb deshalb bis 2009 stets unter 0,5%. Es gibt also auch weiterhin keine Anzeichen dafür, dass sich der seit 1994 negative Trend umkehren könnte. Ohne die „Studienplatzkosten“ wären die Leistungen der Länder für die Betrachtung der gesamten deutschen ODA vernachlässigbar (womit nicht gesagt ist, dass sie nicht im Einzelfall für Aktivitäten kleiner NRO wichtig sein können).

In krassem Gegensatz zu dieser traurigen Realität steht bei den Ländern, wie schon so oft in der Vergangenheit, die Verbalität. In dem Beschluss vom Oktober 2008 heißt es wohlklingend: *„Die Leistungen der Länder in ihrer Substanz und Vielfältigkeit sind für die Entwicklungspolitik unverzichtbar und öffnen neue Perspektiven für ein verstärktes gemeinsames Engagement. Die Länder sind bereit, auch weiterhin ihre Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen.“*

Es gehört schon ein gerüttelt Maß an Unkenntnis oder Dreistigkeit dazu, bei „94% Studienplatzkosten“ von *Vielfältigkeit* und *Öffnung neuer Perspektiven* zu reden. Und *unverzichtbar*? Das trifft nur zu, wenn man meint, nicht noch weiter hinter das vielversprochene 0,7%-Ziel zurückfallen zu dürfen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Leistungen der Länder (inklusive der hochprozentigen Studienplatzkosten) in der Tat *für die ODA* unverzichtbar – aber *für die Entwicklungspolitik*? Das könnte man nur behaupten, wenn die Länder endlich den seit nunmehr fast 20 Jahren andauernden Negativtrend umkehrten und ihre entwicklungsrelevanten Leistungen, insbesondere für die Informations- und Bildungsarbeit, vervielfachten. Aber das ist noch nicht hörbare Zukunftsmusik.

Mögen die Bundesländer noch so oft ihre Bereitschaft bekunden, *auch weiterhin ihre Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen*: Die heutige reale Situation zwingt leider zur erneuten Feststellung und Bekräftigung unserer Aussage von 2006; diesmal im Perfekt:

Die Bundesländer haben sich aus ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung gestohlen – und wissen dabei genau, was sie (nicht) tun.

Zeit zum Weinen? Zeit zur Umkehr!

Wir erwarten – wohl im Einklang mit den meisten NRO in der Entwicklungszusammenarbeit:

- Die Wiederaufnahme der früheren Erhebung von Daten zu den Inhalten der entwicklungsrelevanten Leistungen, die „Wiederaufforstung der ODA-Datenödnis“;
- Herstellung größtmöglicher Transparenz bei den Basismeldungen zur ODA und zu deren Weiterleitung;
- Überprüfung nicht nur der Plausibilität, sondern auch – an mindestens einer Stelle – der Inhalte der Meldungen, insbesondere von deren Zulässigkeit bei Beachtung der DAC-Richtlinien;
- Eine deutliche Trendumkehr bei den entwicklungsrelevanten Leistungen, also eine vielfache Erhöhung;
- Dabei Wiederherstellung und verstärkte Förderung des früher deklamierten Schwerpunktes „Informations- und Bildungsarbeit“;
- Bei der „Entwicklungsländerrelevanten Forschung“ deutliche Benennung der geförderten Institutionen und Institute;
- Keine Förderung von isolierten, nicht nachhaltigen (Groß-)Maßnahmen in Entwicklungsländern, sondern von solchen, die einen Erfahrungszuwachs für die Informations- und Bildungsarbeit ergeben und dadurch deren Glaubwürdigkeit erhöhen.

Und schließlich erwarten wir von den Bundesländern die Angleichung der Realität bei den ODA-Leistungen an die „hervorragende“ Verbalität.

Anhang I

Rahmen für die Einordnung der ODA-Leistungen der Länder 1994 und 2004 bis 2009

(Angaben zu 2000-2003, siehe Studie 2006: 32)

Allgemeine Anmerkungen zu den Anhängen

- **Quellen:** Alle Anhänge sind eigene Zusammenstellungen auf der Grundlage von Daten aus dem Statistischen Bundesamt, dem BMZ und dem Development Assistance Committee (DAC) der OECD in Paris
- Die Anhänge IV und VIII von 2006 müssen wegen der "ODA-Datenödnis" entfallen

Rahmen für die Einordnung der ODA-Leistungen der Länder

Art	Jahr	in Tsd. €								
		1994	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 vorläufig	
Bruttonationaleinkommen*	1 728 400 000	2 196 700 000	2 251 200 000	2 335 000 000	2 447 400 000	2 531 900 000	2 444 000 000	2 531 920 000		
Anerkannte ODA	5 653 600	6 064 288	8 112 107	8 313 414	8 978 356	9 692 937	8 674 145	9 605 902		
"Brutto-ODA"***	6 607 240	7 209 487	9 329 235	9 599 671	9 998 037	11 065 933	8 422 767	10 679 475		
ODA-Quote	0,33	0,28	0,36	0,36	0,37	0,38	0,35	0,38		
BuLä-ODA Gesamt	368 762	669 958	782 822	764 185	745 715	688 256	703 658			
% von anerK. D-ODA	6,52	11,05	9,65	9,19	8,31	7,10	8,11			
% von "Brutto-D-ODA"	5,58	9,29	8,39	7,96	7,46	6,22	8,35			
- davon:										
Studienplatzkosten	293 157	623 260	744 631	716 971	700 797	643 178	662 385			
% von BuLä-ODA	79,50	93,03	95,12	93,82	93,98	93,45	94,13			
% von anerK. D-ODA	5,19	10,28	9,18	8,62	7,81	6,64	7,64			
% von "Brutto-D-ODA"	4,44	8,64	7,98	7,47	7,01	5,81	7,86			
- davon:										
Epol-relevante Kosten	75 605	46 698	38 191	47 214	44 918	45 078	41 273			
% von BuLä-ODA	20,50	6,97	4,88	6,18	6,02	6,55	5,87			
% von anerK. D-ODA	1,34	0,77	0,47	0,57	0,50	0,47	0,48			
% von "Brutto-D-ODA"	1,14	0,65	0,41	0,49	0,45	0,41	0,49			

* Zahlen nur auf 100 Mio € gerundet verfügbar

** Sind die Rückflüsse aus alten anrechenbaren Krediten größer als neue Kredite, so zieht das DAC die Differenz von den "Bruttozahlungen und Leistungen" ab und setzt das Ergebnis als ODA fest. Setzt man nun die einzelnen Leistungen ins Verhältnis zur anerkannten ODA, so ist das Ergebnis je nach Höhe der genannten Differenz geringfügig oder grob irreführend: Die Prozedere addieren sich auf über 100. Aussagefähig sind dagegen die Anteile der Einzelleistungen an der "Brutto-ODA", d.h. vor Abzug der Rückflüsse.

Anhang II

Leistungen 1994 und 2000 bis 2009 in absoluten Zahlen

(Angaben zu 1990 bis 1993, siehe Studie 2003:17)

(Angaben zu 1994 bis 1999, siehe Studie 2006:34)

Leistungen der einzelnen Bundesländer an Entwicklungsländer (1994 und 2000-2009)

Bundesland	a) Entwicklungsrelevante Nettoauszahlungen (ohne Studienplatzkosten)										Rangfolge gemäß gemeldeten Leistungen 2009				
	1994	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	in Tsd. €			
Nordrhein-Westfalen	17 504	16 852	22 374	21 308	19 542	17 869	13 014	19 219	17 794	16 987	15 851				
Bayern	8 192	5 686	7 887	4 159	4 469	4 190	4 601	4 107	4 228	5 167	6 130				
Baden-Württemberg	20 690	16 280	9 994	7 842	6 399	6 981	6 132	6 681	5 250	5 572	5 719				
Hamburg	5 568	5 167	4 344	5 132	4 926	3 699	5 218	5 149	4 563	5 394	4 740				
Rheinland-Pfalz	2 236	1 853	2 541	2 378	2 913	2 913	2 582	2 017	3 560	2 166	1 737				
Berlin	5 892	5 826	4 054	3 834	2 715	2 229	2 498	2 318	2 569	1 522	1 631				
Hessen	4 892	2 310	1 919	2 511	3 129	2 654	588	3 386	2 889	4 183	1 548				
Niedersachsen	4 543	783	1 690	1 385	403	388	636	879	753	962	1 198				
Bremen	1 410	1 338	1 810	1 621	1 638	1 058	912	649	869	786	909				
Sachsen	2 219	458	734	297	160	433	202	488	389	1 093	629				
Saarland	141	75	141	143	172	172	110	136	297	323	466				
Schleswig-Holstein	1 099	1 006	1 728	1 391	1 960	1 258	226	1 479	1 208	244	234				
Sachsen-Anhalt	225	260	271	184	95	229	171	121	93	143	204				
Brandenburg*	652	459	346	195	525	1 723	899	179	112	132	158				
Thüringen	283	71	186	146	472	518	327	394	339	341	77				
Mecklenburg-Vorpommern	59	450	447	597	248	383	74	13	7	63	41				
Gesamt E-relevant**	75 605	58 874	60 466	53 123	49 766	46 697	38 190	47 215	44 920	45 078	41 272				

* zu Brandenburg 2003-2005 siehe Text

** Der, der Tendenz nicht entsprechende Anstieg 2001, ist fast ausschließlich auf die starke Erhöhung in NRW zurückzuführen.

b) Studienplatzkosten

Rangfolge gemäß Zahlungen in 2009
in Tsd. €

Bundesland	1994	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Nordrhein-Westfalen	71 625	73 636	83 077	96 149	132 239	154 920	196 593	192 423	178 959	141 375	148 164
Baden-Württemberg	36 233	57 744	65 595	78 623	98 266	103 969	121 864	114 838	100 287	103 039	102 614
Niedersachsen	14 478	27 957	33 023	39 865	58 559	68 489	74 807	69 240	68 436	69 679	72 884
Bayern	29 991	36 564	40 882	48 663	58 146	60 703	69 463	63 633	71 565	67 388	69 747
Hessen	31 426	33 987	36 541	39 565	44 745	50 334	63 914	58 851	64 816	59 009	62 185
Berlin	64 614	37 654	41 769	38 321	42 012	42 327	51 425	45 661	49 337	44 101	47 726
Rheinland-Pfalz	9 661	12 060	12 786	14 821	18 495	19 068	20 280	20 244	22 756	22 343	23 799
Hamburg	10 237	18 809	20 307	20 425	21 624	22 230	31 485	31 270	24 405	23 478	22 707
Sachsen	5 748	15 102	15 036	15 838	20 314	23 550	24 503	26 807	25 478	24 011	22 071
Bremen	4 974	3 615	5 808	7 102	11 197	17 044	20 599	21 145	21 872	18 905	21 324
Sachsen-Anhalt	0	8 601	8 557	9 591	11 621	14 441	17 445	18 375	15 858	17 724	17 872
Schleswig-Holstein	6 512	6 129	7 159	7 929	9 597	12 255	13 697	14 551	15 657	14 792	14 993
Thüringen	3 093	4 384	4 607	4 975	7 798	8 538	9 497	9 823	10 729	10 040	10 584
Brandenburg	0	4 630	7 865	9 234	9 980	10 862	12 131	12 680	11 092	10 801	10 223
Mecklenburg-Vorpommern	1 897	4 453	4 285	4 417	5 880	6 673	8 382	8 363	9 382	7 950	7 755
Saarland	2 668	4 848	4 598	5 149	6 549	7 857	8 547	9 065	10 170	8 543	7 736
Gesamt Studienplatzkosten	293 157	350 173	391 895	440 667	557 022	623 260	744 632	716 969	700 799	643 178	662 384

c) Gesamtausgaben

in Tsd. €

	1994	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Entwicklungsrelevant	75 605	58 874	60 464	53 123	49 766	46 697	38 190	47 215	44 920	45 078	41 272
in % von Gesamt	20,50	14,40	13,37	10,78	8,20	6,97	4,88	6,18	6,02	6,55	5,87
Studienplatzkosten	293 157	350 173	391 895	440 667	557 022	623 260	744 632	716 969	700 799	643 178	662 384
in % von Gesamt	79,50	85,61	86,34	89,24	91,80	93,03	95,12	93,82	93,98	93,45	94,13
Gesamt Länder-ODA	368 762	409 047	452 359	493 790	606 788	669 957	782 822	764 184	745 719	688 256	703 656

Anhang III

Von DAC-Ländern angemeldete und anerkannte Studienplatzkosten 2000 bis 2009. Rangfolge nach Studienplatzkosten in Prozent zur ODA

Angemeldete und anerkannte Studienplatzkosten der DAC-Länder im Vergleich 2000-2009*

in Tsd. €

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Land										absolut	von ODA
Griechenland							8 190	34 559	50 444	49 814	11,42%
Österreich				41 325	38 144	49 169	55 060	62 676	66 556	63 128	7,70%
Deutschland	350 173	391 893	440 664	557 020	623 258	744 633	716 974	700 797	643 174	662 382	7,64%
Frankreich	365 006			725 614	730 833	766 896	898 455	879 383	641 649	668 867	7,39%
Portugal				40 272	25 684	25 916	26 435	26 210	26 324	26 325	7,15%
Kanada	42 720	58 923	52 206	48 831	51 127	54 882	63 051	102 847	108 321	95 011	3,31%
Belgien							8 724	23 887	21 936	32 573	1,74%
Spanien	21 919	21 439	12 097	12 931	23 857	30 736	25 534	39 359	28 002	28 925	0,61%
Irland				1 823	1 851	2 156	2 725	3 279	2 696	2 003	0,28%
Luxemburg						16			27	150	0,05%
Schweiz	11 383	8 140	7 014	3 045	749	933	956	1 161	1 158		
Länderzahl	5	4	4	8	8	9	10	10	11	10	

* Nicht aufgeführte DAC-Länder haben keine Studienplatzkosten angemeldet.

Anhang IV

Leistungen 2005 bis 2009 im Verhältnis zu Einwohnerzahl, Gesamthaushalt und Bruttoinlandsprodukt

(Angaben zu 1989 bis 1999, siehe Studie 2003: 20ff.)

(Angaben zu 2000 bis 2004, siehe Studie 2006: 56ff.)

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten) 2005

1. pro Einwohner

	Länder	Einwohner	Leistungen	
			in Tsd. €	pro Einw. in €
1.	Hamburg	1 743 627	5 218	2,99
2.	Bremen	663 467	912	1,37
3.	Berlin	3 395 189	2 498	0,74
4.	Nordrhein-Westfalen	18 058 105	13 014	0,72
5.	Rheinland-Pfalz	4 058 843	2 582	0,64
6.	Baden-Württemberg	10 735 701	6 132	0,57
7.	Bayern	12 468 726	4 601	0,37
8.	Brandenburg	2 559 483	899	0,35
9.	Thüringen	2 334 575	327	0,14
10.	Saarland	1 050 293	110	0,10
	Hessen	6 092 354	588	0,10
12.	Schleswig-Holstein	2 832 950	226	0,08
	Niedersachsen	7 993 946	636	0,08
14.	Sachsen-Anhalt	2 469 716	171	0,07
15.	Sachsen	4 273 754	202	0,05
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1 707 266	74	0,04

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt (zeigt den "politischen Willen")

	Länder	Gesamthaushalt in Mio.€	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des Haushaltes
1.	Hamburg	10 205	5 218	0,0511
2.	Nordrhein-Westfalen	47 266	13 014	0,0275
3.	Bremen	4 070	912	0,0224
4.	Baden-Württemberg	30 937	6 132	0,0198
5.	Rheinland-Pfalz	15 910	2 582	0,0162
6.	Bayern	34 647	4 601	0,0133
7.	Berlin	21 109	2 498	0,0118
8.	Brandenburg	9 981	899	0,0090
9.	Thüringen	9 374	327	0,0035
10.	Saarland	3 306	110	0,0033
11.	Niedersachsen	21 660	636	0,0029
12.	Hessen	21 082	588	0,0028
13.	Schleswig-Holstein	10 814	226	0,0021
14.	Sachsen-Anhalt	10 161	171	0,0017
15.	Sachsen	16 608	202	0,0012
16.	Mecklenburg-Vorpommern	7 027	74	0,0011

3. im Verhältnis zum BIP (zeigt die "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit")

	Länder	BIP in Mio. €	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des BIP
1.	Hamburg	80 673	5 218	0,0065
2.	Bremen	24 842	912	0,0037
3.	Berlin	79 302	2 498	0,0031
4.	Nordrhein-Westfalen	488 220	13 014	0,0027
	Rheinland-Pfalz	96 902	2 582	0,0027
6.	Baden-Württemberg	322 385	6 132	0,0019
7.	Brandenburg	49 175	899	0,0018
8.	Bayern	399 362	4 601	0,0012
9.	Thüringen	44 995	327	0,0007
10.	Saarland	27 957	110	0,0004
	Sachsen-Anhalt	47 431	171	0,0004
12.	Schleswig-Holstein	67 914	226	0,0003
	Niedersachsen	192 558	636	0,0003
	Hessen	202 492	588	0,0003
15.	Sachsen	85 761	202	0,0002
	Mecklenburg-Vorpommern	32 230	74	0,0002

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten) 2006

1. pro Einwohner

	Länder	Einwohner	Leistungen	
			in Tsd €	pro Einw. in €
1.	Hamburg	1 754 182	5 149	2,94
2.	Nordrhein-Westfalen	18 028 745	19 219	1,07
3.	Bremen	663 979	649	0,98
4.	Berlin	3 404 037	2 318	0,68
5.	Baden-Württemberg	10 738 753	6 681	0,62
6.	Hessen	6 075 359	3 386	0,56
7.	Schleswig-Holstein	2 834 254	1 479	0,52
8.	Rheinland-Pfalz	4 052 860	2 017	0,50
9.	Bayern	12 492 658	4 107	0,33
10.	Thüringen	2 311 140	394	0,17
11.	Saarland	1 043 167	136	0,13
12.	Sachsen	4 249 774	488	0,11
	Niedersachsen	7 982 685	879	0,11
14.	Brandenburg	2 547 772	179	0,07
15.	Sachsen-Anhalt	2 441 787	121	0,05
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1 693 754	13	0,01

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt (zeigt den "politischen Willen")

	Länder	Gesamthaushalt in Mio. €	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des Haushaltes
1.	Hamburg	10 302	5 149	0,0500
2.	Nordrhein-Westfalen	48 428	19 219	0,0397
3.	Baden-Württemberg	31 812	6 681	0,0210
4.	Bremen	4 028	649	0,0161
5.	Hessen	22 225	3 386	0,0152
6.	Schleswig-Holstein	10 733	1 479	0,0138
7.	Rheinland-Pfalz	17 051	2 017	0,0118
8.	Bayern	35 099	4 107	0,0117
9.	Berlin	20 318	2 318	0,0114
10.	Thüringen	9 325	394	0,0042
11.	Saarland	3 310	136	0,0041
12.	Niedersachsen	22 173	879	0,0040
13.	Sachsen	15 775	488	0,0031
14.	Brandenburg	10 047	179	0,0018
15.	Sachsen-Anhalt	9 934	121	0,0012
16.	Mecklenburg-Vorpommern	7 013	13	0,0002

3. im Verhältnis zum BIP (zeigt die "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit")

	Länder	BIP in Mio. €	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des BIP
1.	Hamburg	81 797	5 149	0,0063
2.	Nordrhein-Westfalen	502 763	19 219	0,0038
3.	Berlin	82 414	2 318	0,0028
4.	Bremen	25 851	649	0,0025
5.	Schleswig-Holstein	70 063	1 479	0,0021
6.	Rheinland-Pfalz	100 317	2 017	0,0020
	Baden-Württemberg	341 025	6 681	0,0020
8.	Hessen	208 189	3 386	0,0016
9.	Bayern	415 174	4 107	0,0010
10.	Thüringen	46 840	394	0,0008
11.	Sachsen	89 664	488	0,0005
	Saarland	28 951	136	0,0005
13.	Niedersachsen	199 814	879	0,0004
14.	Brandenburg	51 232	179	0,0003
15.	Sachsen-Anhalt	49 320	121	0,0002
16.	Mecklenburg-Vorpommern	33 088	13	0,0000

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten) 2007

1. pro Einwohner

	Länder	Einwohner	Leistungen	
			in Tsd. €	pro Einwohner in €
1.	Hamburg	1 770 629	4 563	2,58
2.	Bremen	663 082	869	1,31
3.	Nordrhein-Westfalen	17 996 621	17 794	0,99
4.	Rheinland-Pfalz	4 045 643	3 560	0,88
5.	Berlin	3 416 255	2 569	0,75
6.	Baden-Württemberg	10 749 755	5 250	0,49
7.	Hessen	6 072 555	2 889	0,48
8.	Schleswig-Holstein	2 837 373	1 208	0,43
9.	Bayern	12 520 332	4 228	0,34
10.	Saarland	1 036 598	297	0,29
11.	Thüringen	2 289 219	339	0,15
12.	Niedersachsen	7 971 684	753	0,09
	Sachsen	4 220 200	389	0,09
14.	Brandenburg	2 535 737	112	0,04
	Sachsen-Anhalt	2 412 472	93	0,04
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1 679 682	7	0,00

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt (zeigt den "politischen Willen")

	Länder	Gesamthaushalt in Mio. €	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des Haushaltes
1.	Hamburg	10 406	4 563	0,0438
2.	Nordrhein-Westfalen	49 620	17 794	0,0359
3.	Bremen	4 039	869	0,0215
4.	Rheinland-Pfalz	18 194	3 560	0,0196
5.	Baden-Württemberg	32 810	5 250	0,0160
6.	Berlin	20 096	2 569	0,0128
7.	Hessen	23 195	2 889	0,0125
8.	Bayern	35 987	4 228	0,0117
9.	Schleswig-Holstein	11 586	1 208	0,0104
10.	Saarland	3 340	297	0,0089
11.	Thüringen	9 013	339	0,0038
12.	Niedersachsen	23 609	753	0,0032
13.	Sachsen	16 617	389	0,0023
14.	Brandenburg	10 013	112	0,0011
15.	Sachsen-Anhalt	9 997	93	0,0009
16.	Mecklenburg-Vorpommern	6 848	7	0,0001

3. im Verhältnis zum BIP (zeigt die "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit")

	Länder	BIP in Mio €	Leistungen	
			in Tsd.€	in % des BIP
1.	Hamburg	83 867	4 563	0,0054
2.	Rheinland-Pfalz	104 257	3 560	0,0034
3.	Nordrhein-Westfalen	531 444	17 794	0,0033
4.	Bremen	26 752	869	0,0032
5.	Berlin	86 065	2 569	0,0030
6.	Schleswig-Holstein	71 830	1 208	0,0017
7.	Baden-Württemberg	358 256	5 250	0,0015
8.	Hessen	215 046	2 889	0,0013
9.	Saarland	30 124	297	0,0010
	Bayern	434 475	4 228	0,0010
11.	Thüringen	49 162	339	0,0007
12.	Sachsen	93 659	389	0,0004
	Niedersachsen	207 752	753	0,0004
14.	Brandenburg	53 193	112	0,0002
	Sachsen-Anhalt	51 665	93	0,0002
16.	Mecklenburg-Vorpommern	34 853	7	0,0000

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten) 2008

1. pro Einwohner

	Länder	Einwohner	Leistungen	
			in Tsd. €	pro Einwohner in €
1.	Hamburg	1 772 100	5 394	3,04
2.	Bremen	661 866	786	1,19
3.	Nordrhein-Westfalen	17 933 064	16 987	0,95
4.	Hessen	6 064 953	4 183	0,69
5.	Rheinland-Pfalz	4 028 351	2 166	0,54
6.	Baden-Württemberg	10 749 506	5 572	0,52
7.	Berlin	3 431 675	1 522	0,44
8.	Bayern	12 519 728	5 167	0,41
9.	Saarland	1 030 324	323	0,31
10.	Sachsen	4 192 801	1 093	0,26
11.	Thüringen	2 267 763	341	0,15
12.	Niedersachsen	7 947 244	962	0,12
13.	Schleswig-Holstein	2 834 260	244	0,09
14.	Sachsen-Anhalt	2 381 872	143	0,06
15.	Brandenburg	2 522 493	132	0,05
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1 664 356	63	0,04

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt (zeigt den "politischen Willen")

	Länder	Gesamthaushalt in Mio. €	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des Haushaltes
1.	Hamburg	10 666	5 394	0,0506
2.	Nordrhein-Westfalen	51 235	16 987	0,0332
3.	Bremen	4 129	786	0,0190
4.	Baden-Württemberg	33 168	5 572	0,0168
5.	Hessen	27 313	4 183	0,0153
6.	Bayern	36 371	5 167	0,0142
7.	Rheinland-Pfalz	18 865	2 166	0,0115
8.	Saarland	3 388	323	0,0095
9.	Berlin	20 775	1 522	0,0073
10.	Sachsen	16 134	1 093	0,0068
11.	Niedersachsen	23 926	962	0,0040
12.	Thüringen	9 190	341	0,0037
13.	Schleswig-Holstein	11 030	244	0,0022
14.	Sachsen-Anhalt	10 186	143	0,0014
15.	Brandenburg	10 243	132	0,0013
16.	Mecklenburg-Vorpommern	7 138	63	0,0009

3. im Verhältnis zum BIP (zeigt die "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit")

	Länder	BIP Mio.€	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des BIP
1.	Hamburg	86 330	5 394	0,0062
2.	Nordrhein-Westfalen	546 988	16 987	0,0031
3.	Bremen	27 305	786	0,0029
4.	Rheinland-Pfalz	105 683	2 166	0,0020
5.	Hessen	220 199	4 183	0,0019
6.	Berlin	90 051	1 522	0,0017
7.	Baden-Württemberg	361 848	5 572	0,0015
8.	Bayern	437 796	5 167	0,0012
9.	Sachsen	94 666	1 093	0,0012
10.	Saarland	30 568	323	0,0011
11.	Thüringen	49 470	341	0,0007
12.	Niedersachsen	213 203	962	0,0005
13.	Schleswig-Holstein	73 990	244	0,0003
14.	Sachsen-Anhalt	52 666	143	0,0003
15.	Brandenburg	54 537	132	0,0002
16.	Mecklenburg-Vorpommern	35 901	63	0,0002

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten) 2009

1. pro Einwohner

	Länder	Einwohner	Leistungen	
			in Tsd. €	pro Einwohner in €
1.	Hamburg	1 774 224	4 740	2,67
2.	Bremen	661 716	909	1,37
3.	Nordrhein-Westfalen	17 872 763	15 851	0,89
4.	Bayern	12 510 331	6 130	0,49
5.	Baden-Württemberg	10 744 921	5 179	0,48
6.	Berlin	3 442 675	1 631	0,47
7.	Saarland	1 022 585	466	0,46
8.	Rheinland-Pfalz	4 012 675	1 737	0,43
9.	Hessen	6 061 951	1 548	0,26
10.	Niedersachsen	7 928 815	1 198	0,15
	Sachsen	4 168 732	629	0,15
12.	Sachsen-Anhalt	2 356 219	204	0,09
13.	Schleswig-Holstein	2 832 027	234	0,08
14.	Brandenburg	2 511 525	158	0,06
15.	Thüringen	2 249 882	77	0,03
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1 651 216	41	0,02

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt (zeigt den "politischen Willen")

	Länder	Gesamthaushalt in Mio €	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des Haushaltes
1.	Hamburg	11 248	4 740	0,0421
2.	Nordrhein-Westfalen	52 718	15 851	0,0301
3.	Bremen	4 327	909	0,0210
4.	Bayern	41 219	6 130	0,0149
5.	Baden-Württemberg	36 786	5 179	0,0141
6.	Saarland	3 403	466	0,0137
7.	Rheinland-Pfalz	19 971	1 737	0,0087
8.	Berlin	20 654	1 631	0,0079
9.	Hessen	27 647	1 548	0,0056
10.	Niedersachsen	24 745	1 198	0,0048
11.	Sachsen	16 584	629	0,0038
12.	Sachsen-Anhalt	9 994	204	0,0020
13.	Schleswig-Holstein	12 126	234	0,0019
14.	Brandenburg	10 053	158	0,0016
15.	Thüringen	9 272	77	0,0008
16.	Mecklenburg-Vorpommern	7 036	41	0,0006

3. im Verhältnis zum BIP (zeigt die "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit")

	Länder	BIP	Leistungen	
			in Tsd. €	in % des BIP
1.	Hamburg	84 533	4 740	0,0056
2.	Bremen	26 729	909	0,0034
3.	Nordrhein-Westfalen	522 920	15 851	0,0030
4.	Berlin	91 843	1 631	0,0018
5.	Rheinland-Pfalz	102 081	1 737	0,0017
6.	Saarland	28 474	466	0,0016
7.	Baden-Württemberg	341 235	5 179	0,0015
8.	Bayern	423 840	6 130	0,0014
9.	Hessen	215 291	1 548	0,0007
	Sachsen	92 808	629	0,0007
11.	Niedersachsen	205 715	1 198	0,0006
12.	Sachsen-Anhalt	50 438	204	0,0004
13.	Schleswig-Holstein	73 486	234	0,0003
	Brandenburg	54 218	158	0,0003
15.	Thüringen	48 110	77	0,0002
16.	Mecklenburg-Vorpommern	35 380	41	0,0001

Anhang V

Steigerungen und Kürzungen in den einzelnen Ländern 1994 bis 2009

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten)

1. Pro Einwohner in Euro

Rangfolge gemäß Leistungen 2009

Bundesland	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1. Hamburg	3,26	3,14	2,90	2,83	2,77	2,98	3,01	2,52	2,97	2,84	2,13	2,99	2,94	2,58	3,04	2,67
2. Bremen	2,07	3,09	2,73	2,06	1,71	1,80	2,03	2,74	2,45	2,47	1,60	1,37	0,98	1,31	1,19	1,37
3. Nordrhein-Westfalen	0,98	0,96	0,98	0,82	1,11	0,81	0,94	1,24	1,18	1,08	0,99	0,72	1,07	0,99	0,95	0,89
4. Bayern	0,69	0,53	0,90	0,75	0,44	0,72	0,46	0,64	0,34	0,36	0,34	0,37	0,33	0,34	0,41	0,49
5. Baden-Württemberg	2,01	1,98	1,72	1,94	1,54	0,99	1,55	0,94	0,74	0,60	0,65	0,57	0,62	0,49	0,52	0,48
6. Berlin	1,70	2,29	1,87	2,65	2,28	2,41	1,72	1,20	1,13	0,80	0,66	0,74	0,68	0,75	0,44	0,47
7. Saarland	0,13	0,20	0,13	0,16	0,14	0,07	0,07	0,13	0,13	0,16	0,16	0,10	0,13	0,29	0,31	0,46
8. Rheinland-Pfalz	0,57	0,92	0,71	0,49	0,56	0,44	0,46	0,63	0,59	0,72	0,72	0,64	0,50	0,88	0,54	0,43
9. Hessen	0,82	0,60	0,58	0,43	0,34	0,41	0,38	0,32	0,41	0,51	0,44	0,10	0,56	0,48	0,69	0,26
10. Sachsen	0,48	0,34	0,31	0,10	0,09	0,31	0,10	0,17	0,07	0,04	0,10	0,05	0,11	0,09	0,26	0,15
11. Niedersachsen	0,59	0,29	0,26	0,25	0,34	0,34	0,10	0,21	0,17	0,05	0,05	0,08	0,11	0,09	0,12	0,15
12. Sachsen-Anhalt	0,08	0,12	0,08	0,09	0,09	0,07	0,10	0,10	0,07	0,04	0,09	0,07	0,05	0,04	0,06	0,09
13. Schleswig-Holstein	0,41	0,36	0,43	0,44	0,43	0,38	0,36	0,62	0,50	0,69	0,44	0,08	0,52	0,43	0,09	0,08
14. Brandenburg	0,26	0,05	0,19	0,14	0,20	0,23	0,18	0,13	0,08	0,20	0,67	0,35	0,07	0,04	0,05	0,06
15. Thüringen	0,11	0,07	0,09	0,08	0,06	0,10	0,03	0,08	0,06	0,20	0,22	0,14	0,17	0,15	0,15	0,03
16. Mecklenburg-Vorpommern	0,03	0,11	0,19	0,18	0,10	0,08	0,25	0,25	0,34	0,14	0,22	0,04	0,01	0,00	0,04	0,02

2. Im Verhältnis zum Gesamthaushalt (zeigt den "politischen Willen")

in Promille

Bundesland	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1. Hamburg	0,556	0,531	0,468	0,456	0,504	0,535	0,531	0,454	0,584	0,465	0,352	0,511	0,500	0,438	0,506	0,421
2. Nordrhein-Westfalen	0,416	0,391	0,386	0,316	0,442	0,322	0,365	0,472	0,446	0,412	0,371	0,275	0,397	0,359	0,332	0,301
3. Bremen	0,325	0,469	0,409	0,303	0,274	0,283	0,292	0,432	0,385	0,383	0,250	0,224	0,161	0,215	0,190	0,210
4. Bayern	0,284	0,206	0,336	0,281	0,171	0,277	0,175	0,237	0,121	0,128	0,122	0,133	0,117	0,117	0,142	0,149
5. Baden-Württemberg	0,776	0,713	0,609	0,707	0,560	0,363	0,538	0,317	0,255	0,206	0,223	0,200	0,210	0,160	0,168	0,141
6. Saarland	0,042	0,066	0,059	0,058	0,032	0,023	0,023	0,044	0,044	0,051	0,053	0,033	0,041	0,089	0,095	0,137
7. Rheinland-Pfalz	0,217	0,342	0,252	0,177	0,207	0,160	0,165	0,222	0,210	0,248	0,250	0,162	0,118	0,196	0,115	0,087
8. Berlin	0,245	0,318	0,262	0,381	0,362	0,384	0,275	0,180	0,182	0,130	0,109	0,118	0,114	0,128	0,073	0,079
9. Hessen	0,307	0,221	0,202	0,150	0,123	0,138	0,126	0,103	0,138	0,168	0,148	0,028	0,152	0,125	0,153	0,056
10. Niedersachsen	0,223	0,108	0,099	0,094	0,134	0,133	0,037	0,076	0,063	0,018	0,018	0,029	0,040	0,032	0,040	0,048
11. Sachsen	0,151	0,098	0,086	0,028	0,025	0,090	0,028	0,047	0,019	0,010	0,027	0,012	0,031	0,023	0,068	0,038
12. Sachsen-Anhalt	0,022	0,029	0,020	0,022	0,022	0,019	0,025	0,026	0,018	0,009	0,023	0,017	0,012	0,009	0,014	0,020
13. Schleswig-Holstein	0,145	0,125	0,148	0,156	0,160	0,141	0,133	0,224	0,178	0,247	0,159	0,021	0,138	0,104	0,022	0,019
14. Brandenburg	0,067	0,014	0,050	0,034	0,050	0,058	0,045	0,035	0,019	0,053	0,181	0,090	0,018	0,011	0,013	0,016
15. Thüringen	0,031	0,019	0,033	0,040	0,036	0,025	0,007	0,019	0,016	0,051	0,056	0,035	0,042	0,038	0,037	0,008
16. Mecklenburg-Vorpommern	0,008	0,027	0,021	0,018	0,014	0,019	0,063	0,063	0,082	0,035	0,055	0,011	0,002	0,001	0,009	0,006

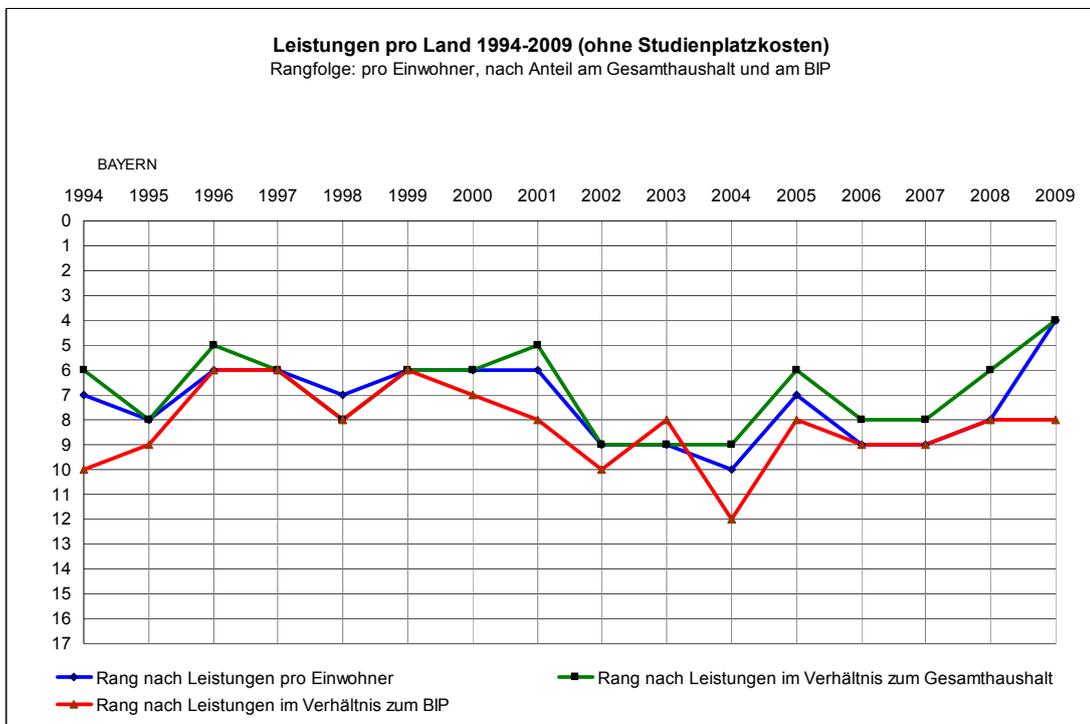
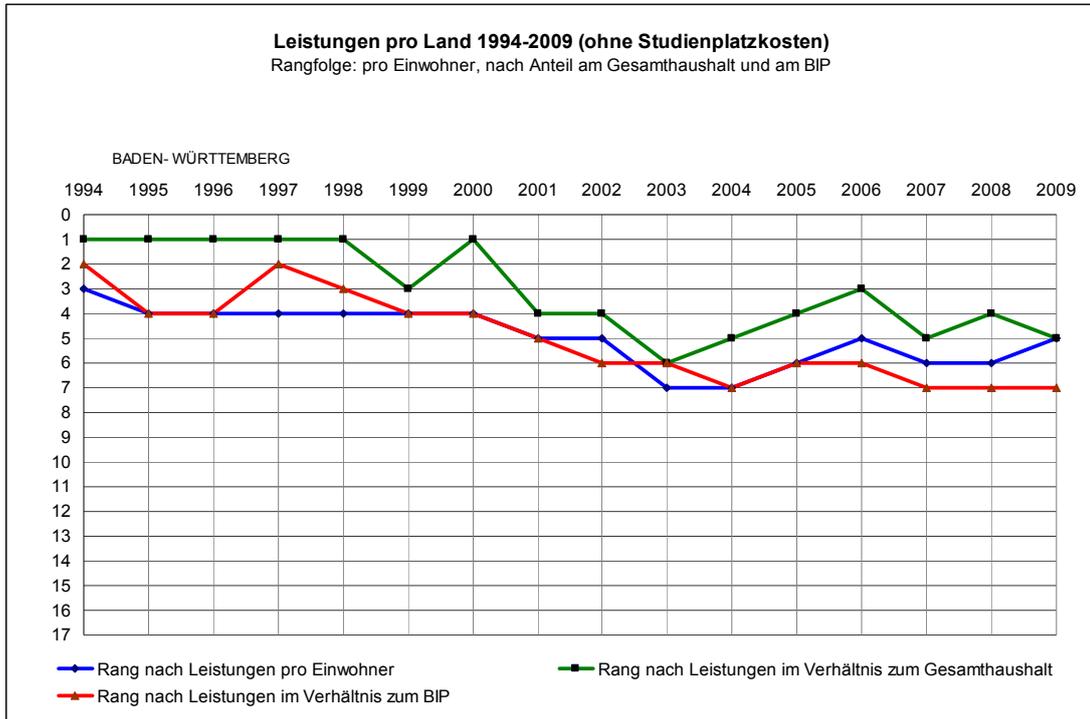
3. Im Verhältnis zum BIP (zeigt die "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit")

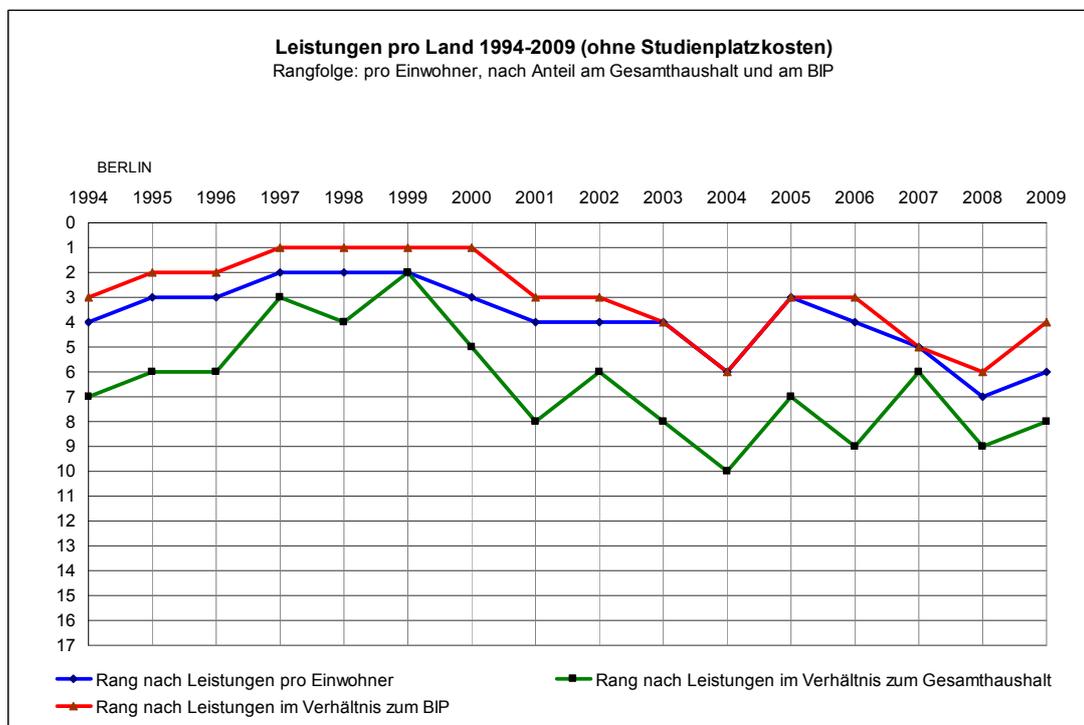
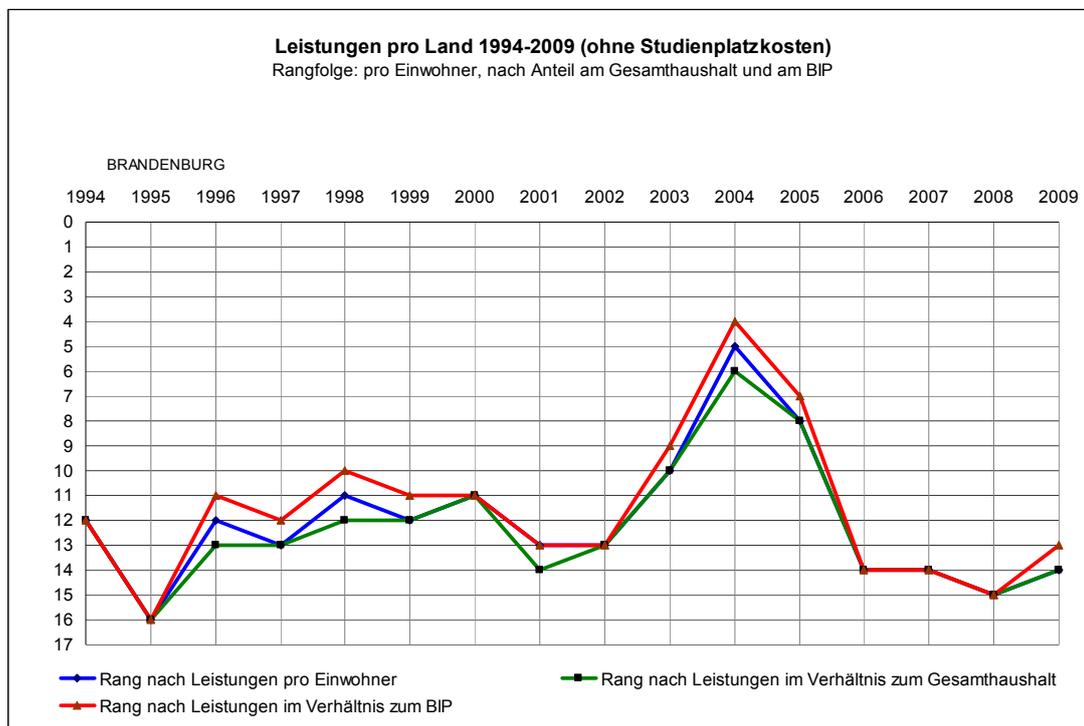
in Promille

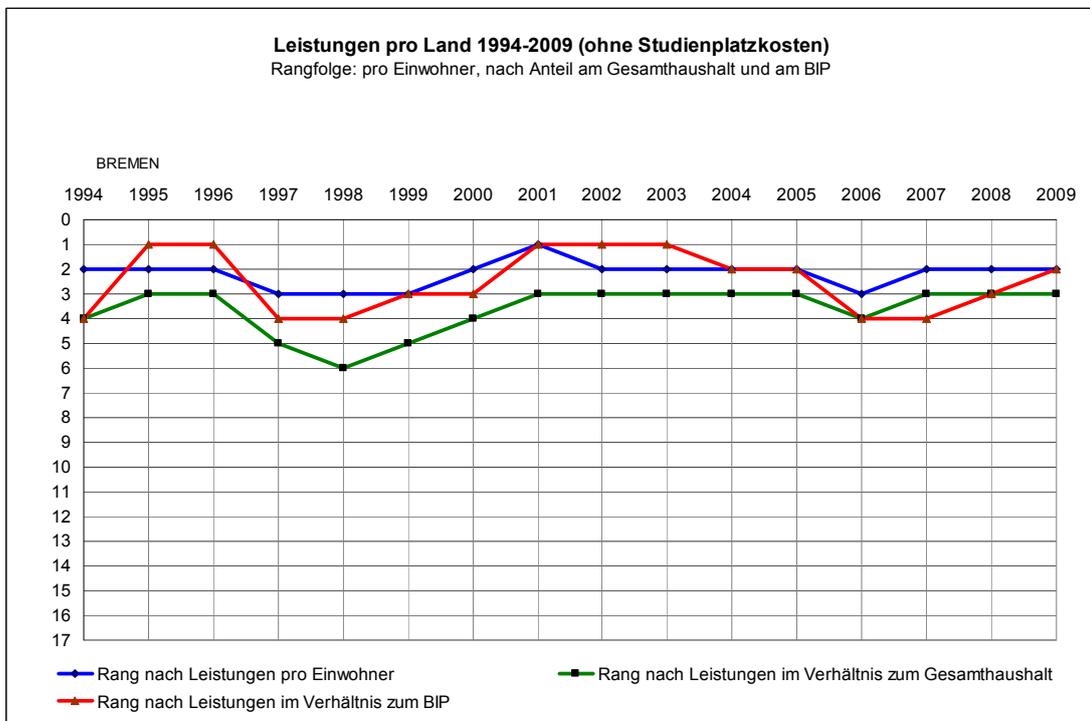
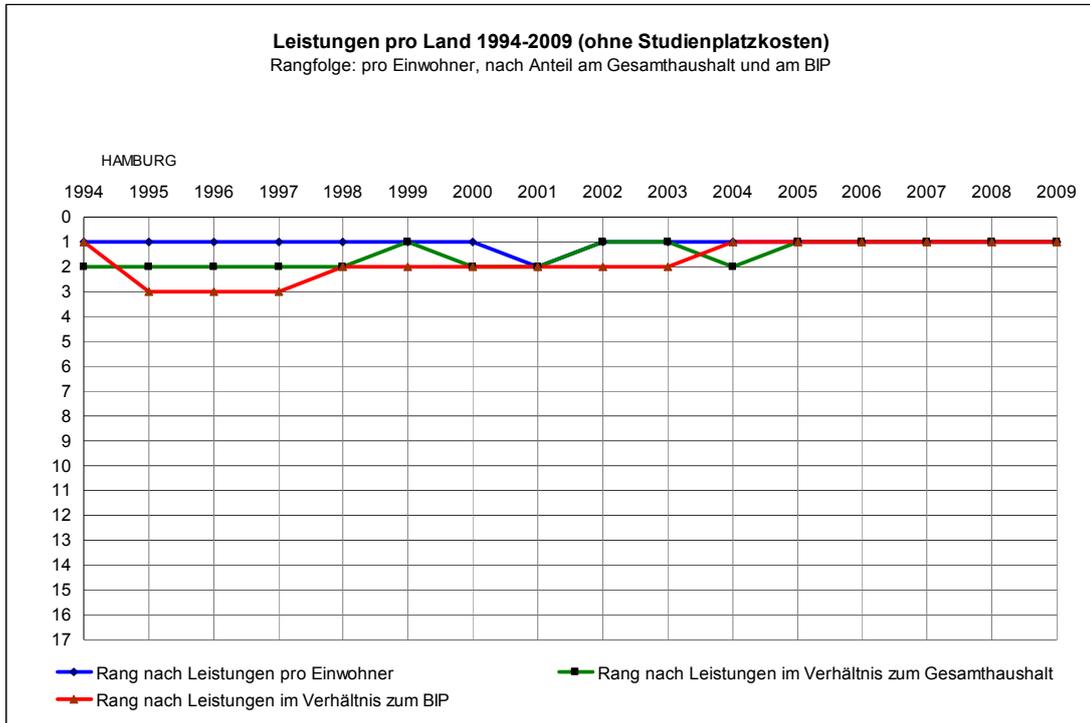
Bundesland	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1. Hamburg	0,091	0,085	0,077	0,072	0,069	0,073	0,071	0,056	0,066	0,064	0,047	0,065	0,063	0,054	0,062	0,056
2. Bremen	0,073	0,106	0,094	0,068	0,054	0,056	0,061	0,080	0,070	0,070	0,044	0,037	0,025	0,032	0,029	0,034
3. Nordrhein-Westfalen	0,044	0,042	0,043	0,035	0,046	0,033	0,037	0,048	0,045	0,042	0,037	0,027	0,038	0,033	0,031	0,030
4. Berlin	0,079	0,103	0,085	0,121	0,103	0,108	0,074	0,052	0,049	0,035	0,028	0,031	0,028	0,030	0,017	0,018
5. Rheinland-Pfalz	0,029	0,045	0,035	0,024	0,027	0,020	0,020	0,028	0,026	0,031	0,030	0,027	0,020	0,034	0,020	0,017
6. Saarland	0,007	0,010	0,009	0,009	0,004	0,003	0,003	0,006	0,006	0,007	0,006	0,004	0,005	0,010	0,011	0,016
7. Baden-Württemberg	0,085	0,080	0,069	0,076	0,058	0,036	0,055	0,032	0,025	0,020	0,022	0,019	0,020	0,015	0,015	0,015
8. Bayern	0,028	0,021	0,036	0,029	0,016	0,026	0,016	0,021	0,011	0,012	0,011	0,012	0,010	0,010	0,012	0,014
9. Hessen	0,032	0,022	0,021	0,015	0,012	0,014	0,013	0,010	0,013	0,016	0,014	0,003	0,016	0,013	0,019	0,007
10. Sachsen	0,036	0,023	0,021	0,007	0,005	0,019	0,006	0,009	0,004	0,002	0,005	0,002	0,005	0,004	0,012	0,007
11. Niedersachsen	0,029	0,014	0,013	0,012	0,016	0,016	0,004	0,009	0,008	0,002	0,002	0,003	0,004	0,004	0,005	0,006
12. Sachsen-Anhalt	0,006	0,009	0,006	0,006	0,006	0,005	0,006	0,006	0,004	0,002	0,005	0,004	0,002	0,002	0,003	0,004
13. Schleswig-Holstein	0,020	0,017	0,020	0,021	0,020	0,017	0,016	0,027	0,021	0,009	0,018	0,003	0,021	0,017	0,003	0,003
14. Brandenburg	0,019	0,004	0,013	0,009	0,013	0,014	0,010	0,008	0,004	0,011	0,036	0,018	0,003	0,002	0,002	0,003
15. Thüringen	0,009	0,005	0,009	0,011	0,009	0,006	0,002	0,004	0,003	0,011	0,012	0,007	0,008	0,007	0,007	0,002
16. Mecklenburg-Vorpommern	0,002	0,008	0,006	0,005	0,004	0,005	0,015	0,015	0,019	0,008	0,012	0,002	0,000	0,000	0,002	0,001

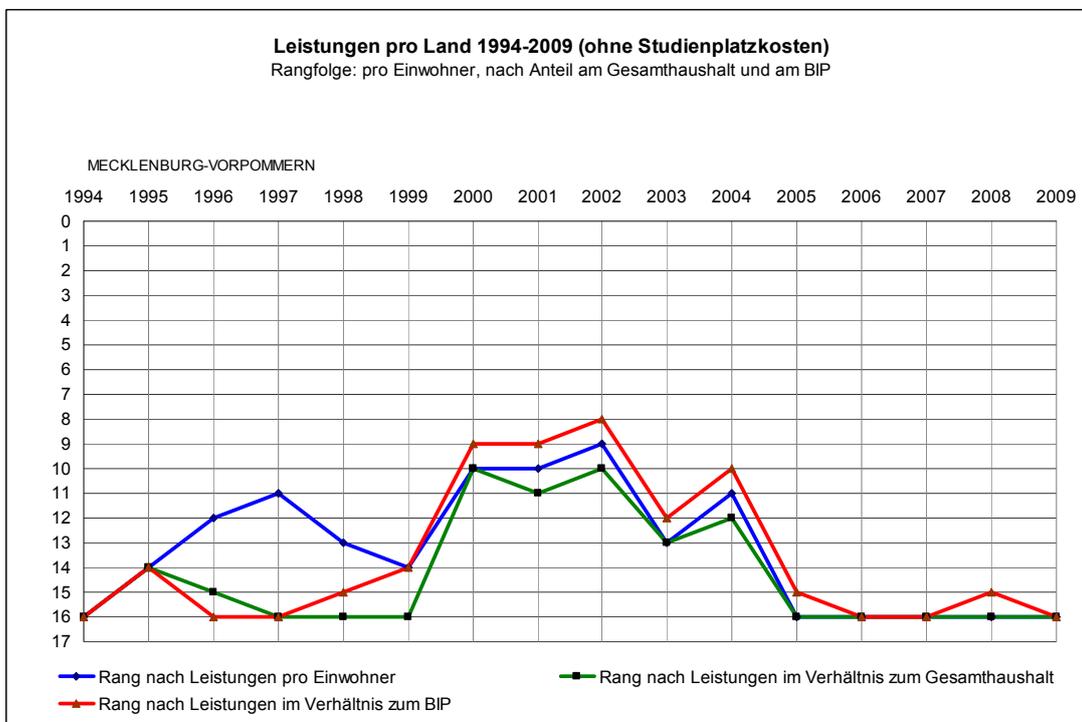
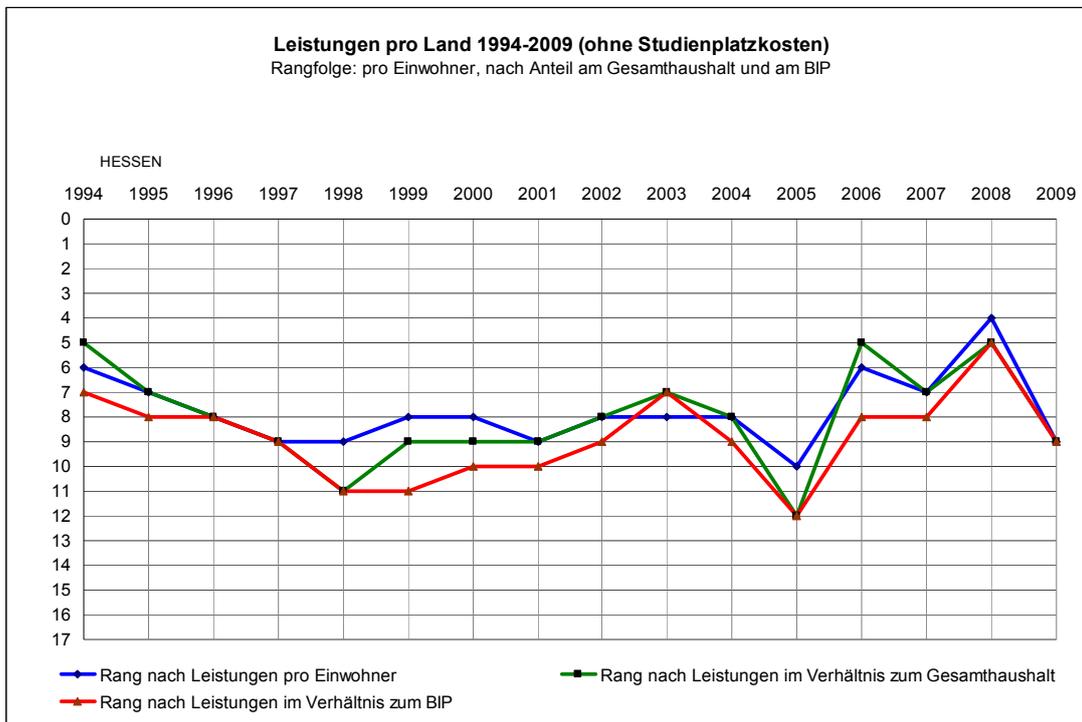
Anhang VI

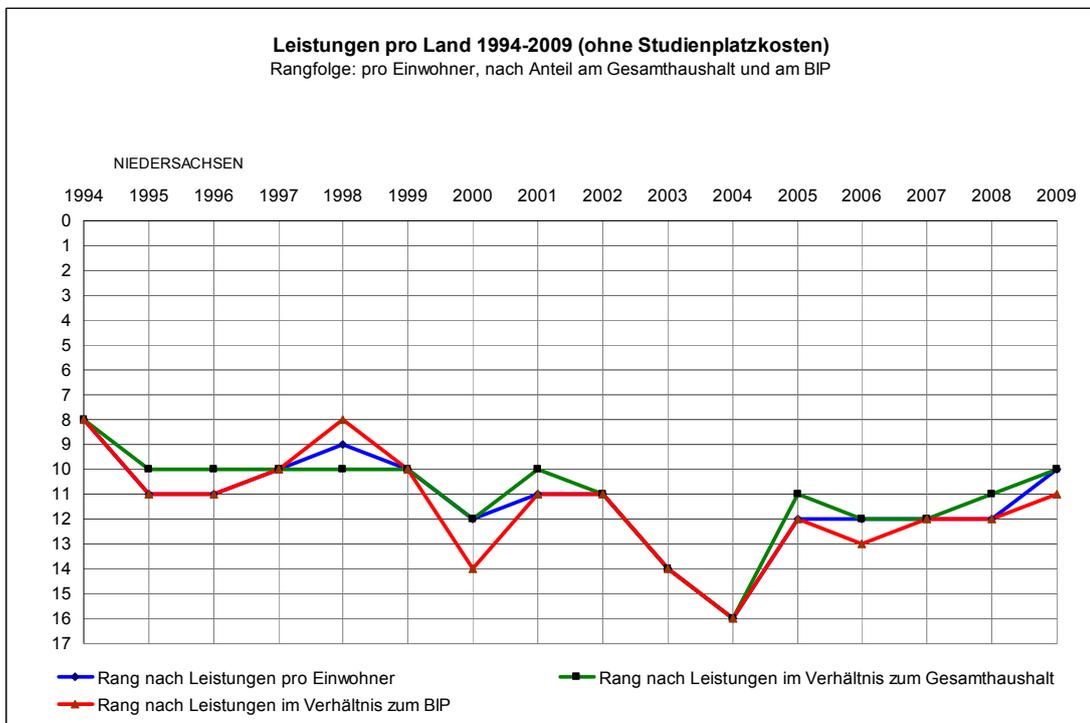
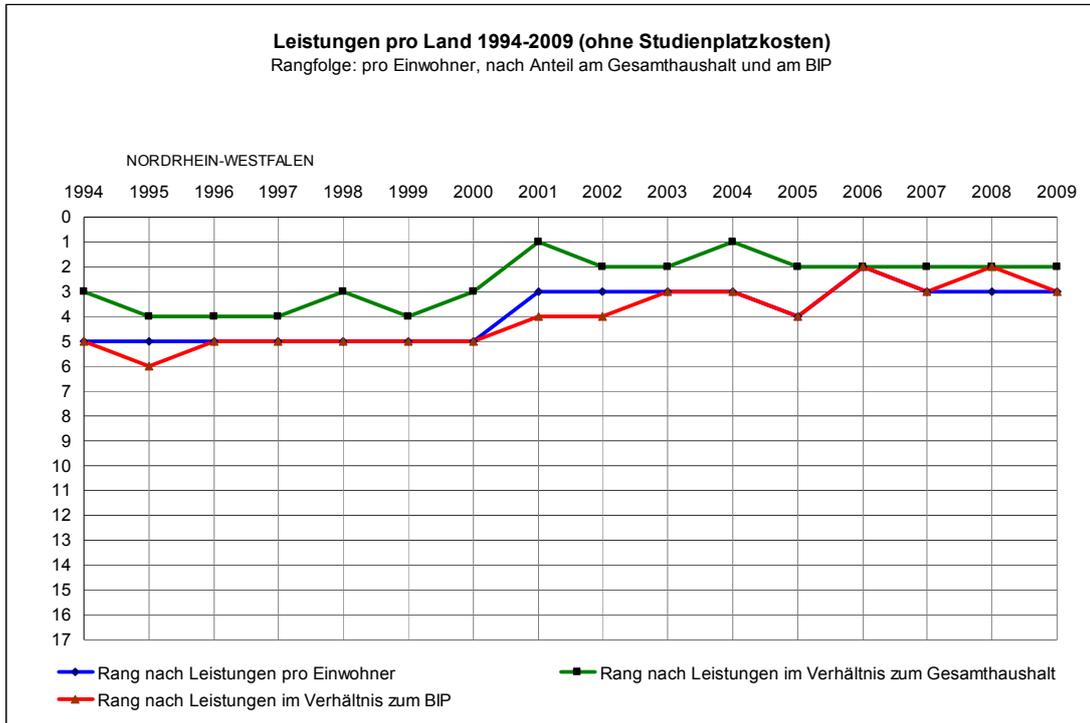
Grafiken zu erreichtem Rang unter den 16 Bundesländern 1994 bis 2009

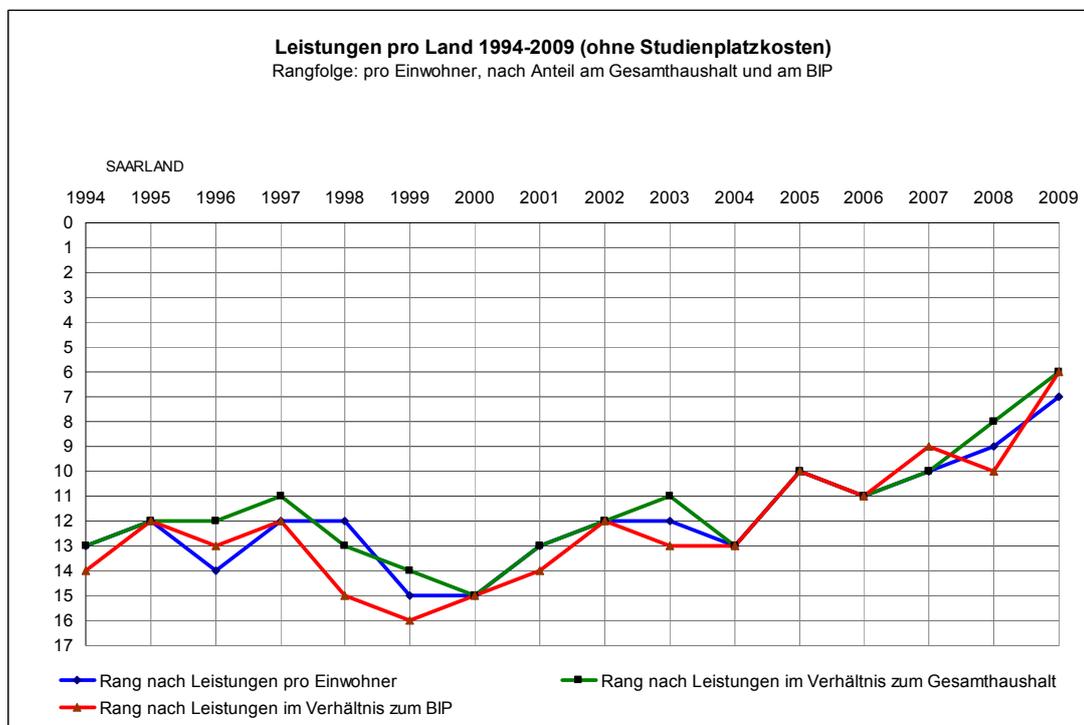
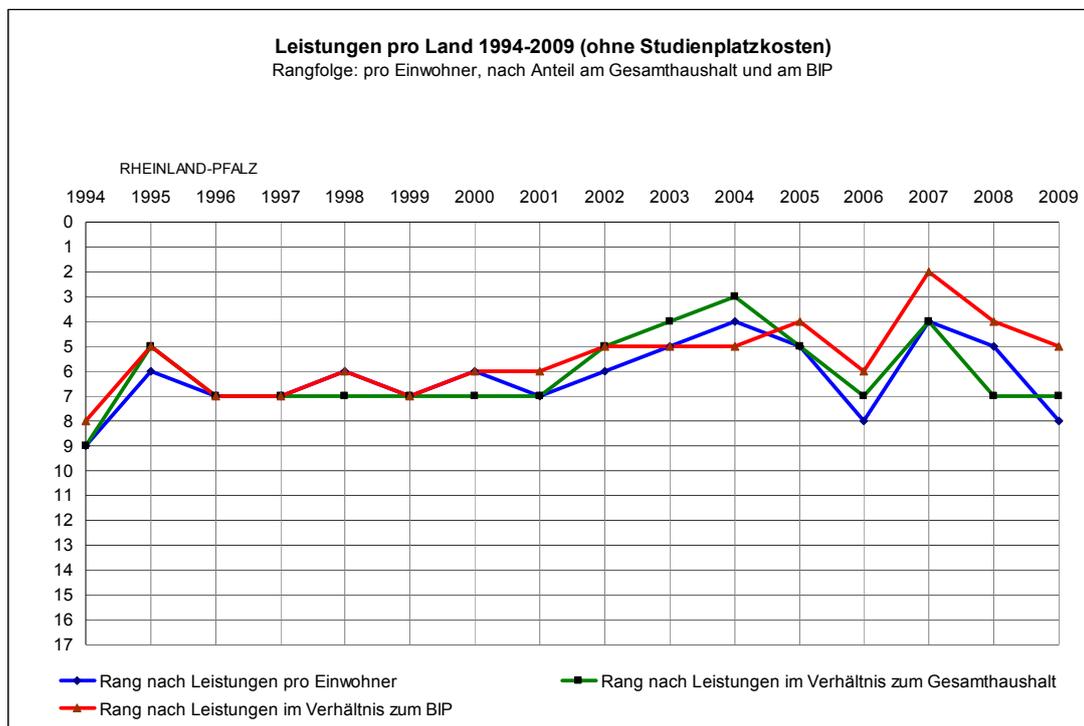


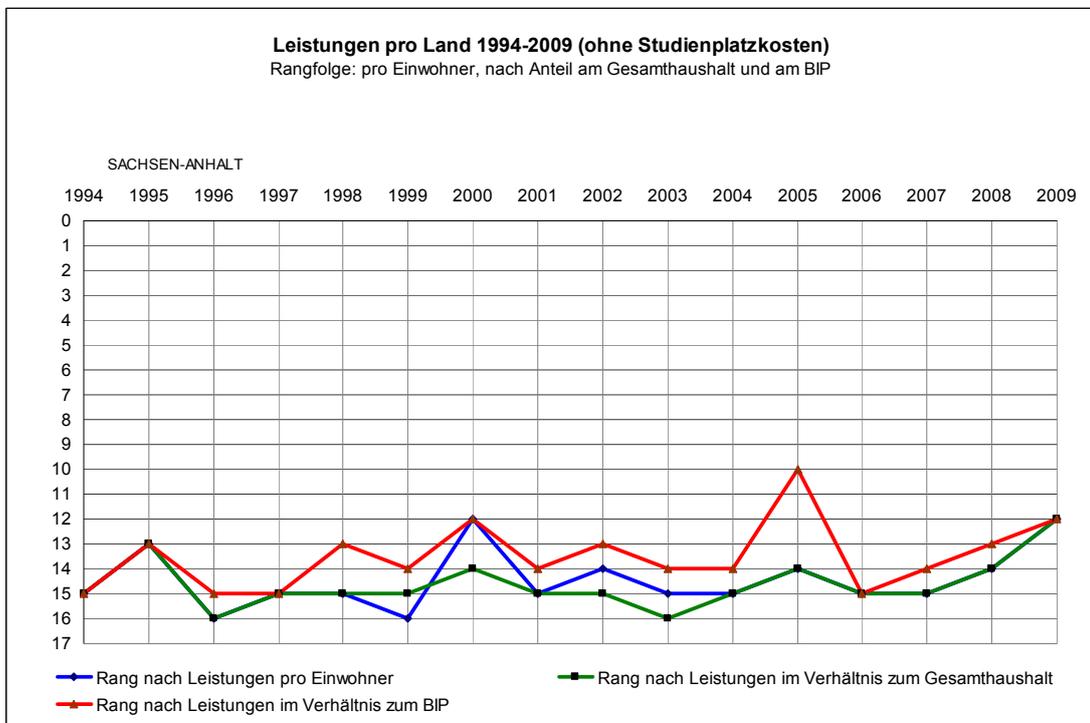
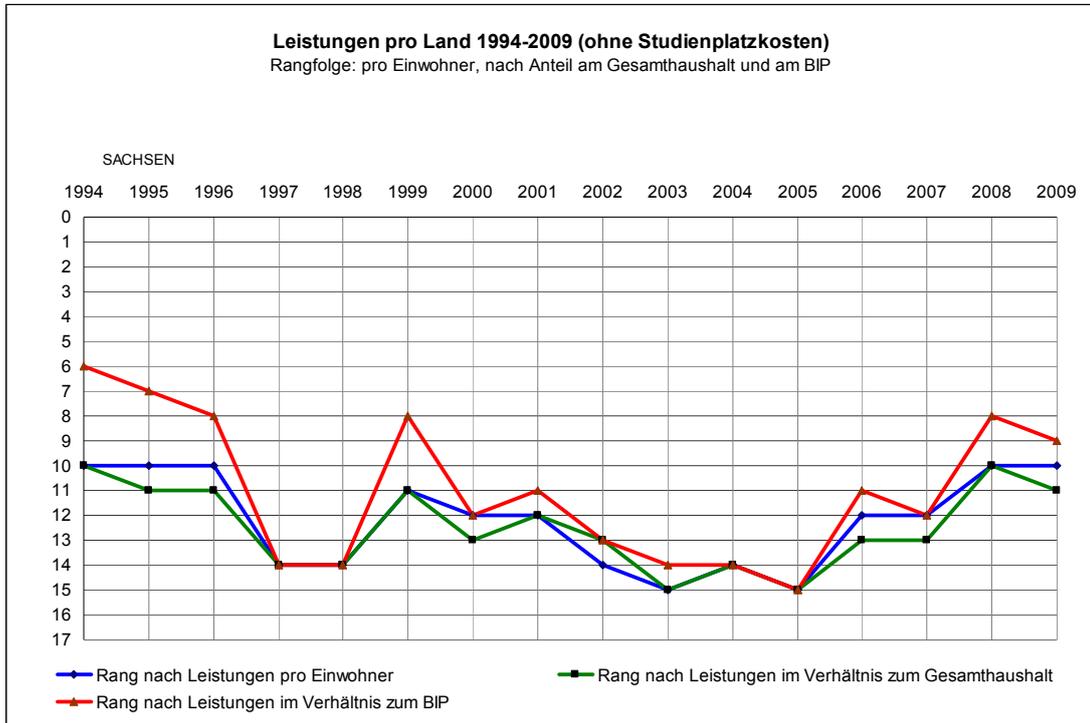


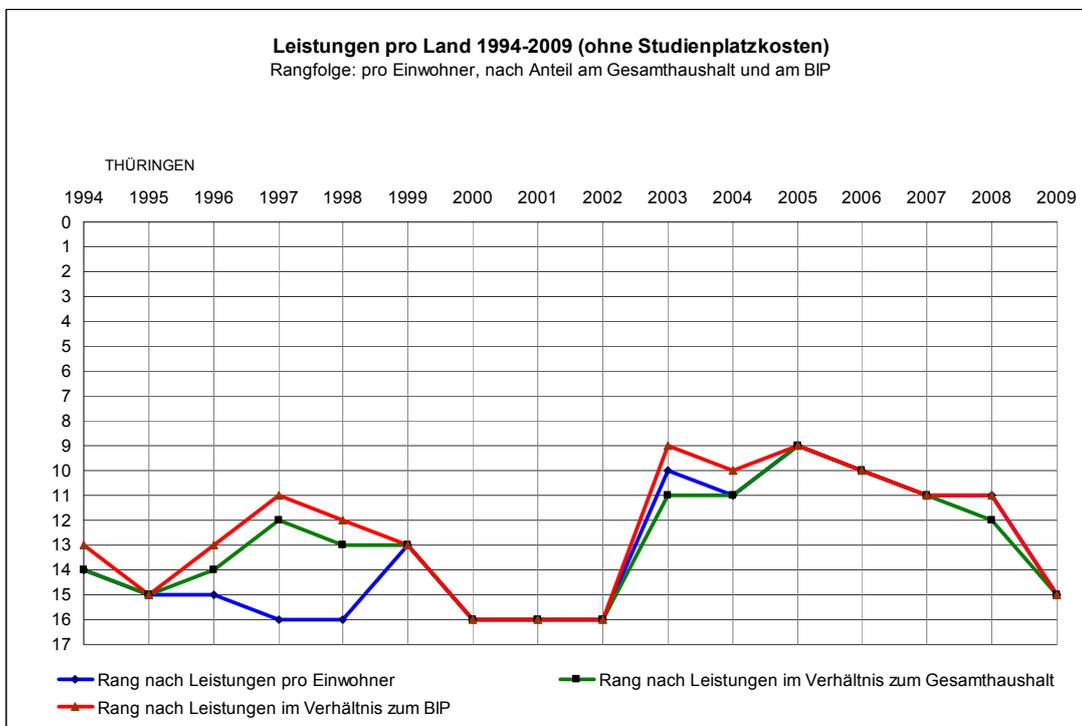
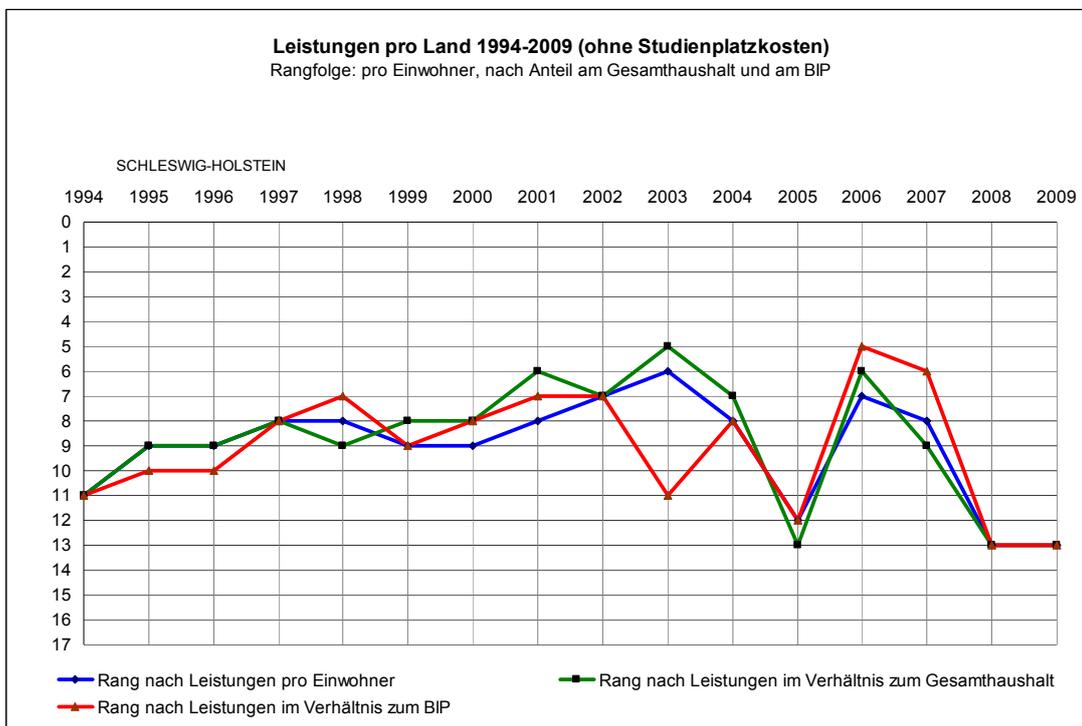












Anhang VII

Referate der Landesministerien mit Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit

(Stand Mai 2011)

Baden-Württemberg

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Referat 16 Außenwirtschaft

Jürgen Oswald

Simone Göhring

Theodor-Heuss-Str. 4

70174 Stuttgart

Ruf: 0711 / 123 -2149, -2440

E-Mail: Juergen.Oswald@wm.bwl.de

Simone.Goehring@wm.bwl.de

Bayern

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Referat V / 4 (Afrika, Naher und Mittlerer Osten, Lateinamerika, Entwicklungszusammenarbeit)

Georg Reichl

Claudia Schleicher

Prinzregentenstr. 28

80538 München

Ruf: 089 / 2162 -2434, -2717

Fax: 089 / 2162 -2460

E-Mail: georg.reichl@stmwivt.bayern.de

claudia.schleicher@stmwivt.bayern.de

Berlin

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)

Dr. Rainer Seider

Desiree Hagen

Martin-Luther-Str. 105

10825 Berlin

Ruf: 030 / 9013 -8270, -7409

Fax: 030 / 9013 -7490

E-Mail: rainer.seider@senwtf.berlin.de

desiree.hagen@senwtf.berlin.de

Brandenburg

Ministerium für Wirtschaft und Europangelegenheiten

Referat 44

Detlev Groß

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Fon: 0331 / 866 -1846

Fax: 0331 / 866 -1845

E-Mail: detlev.groß@mwe.brandenburg.de

Bremen

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

-Entwicklungszusammenarbeit-

Kerstin Dahlberg

Ansgaritorstr. 22

28195 Bremen

Fon: 0421 / 361 -4505

Fax: 0421 / 496 -4505

E-Mail: kerstin.dahlberg@lafez.bremen.de

Hamburg**Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg**

Referat Entwicklungspolitik

Wolfgang Grätz

Benny König

Hermannstr. 15

20095 Hamburg

Ruf: 040 / 42831 -2500, -1457

Fax: 040 / 42791 -5360

E-Mail: Wolfgang.Graetz@sk.hamburg.de

Benny.Koenig@sk.hamburg.de

Hessen**Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung**

Referat II 5 - Messen und entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Gilbert Blumenstiel

Angelika Schuhmann

Hannelore Holland

Monika Gottschalk

Kaiser-Friedrich-Ring 75

65185 Wiesbaden

Ruf: 0611 / 815 -2283

Fax: 0611 / 815 -49 -2283

E-Mail: gilbert.blumenstiel@hmwvl.hessen.de

angelika.schuhmann@hmwvl.hessen.de

hannelore.holland@hmwvl.hessen.de

monika.gottschalk@hmwvl.hessen.de

Mecklenburg- Vorpommern**Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern**

Referat Außenwirtschaft, Messen, Entwicklungszusammenarbeit

Kati Fischer

Angela Stehlmann

Johannes-Stelling-Str. 14

19053 Schwerin

Ruf: 0385 / 588 -5240, -5249

Fax: 0385 / 588 -485 -5240, -485 -5249

E-Mail: K.Fischer@wm.mv-regierung.de

A.Stehlmann@wm.mv-regierung.de

Niedersachsen**Niedersächsische Staatskanzlei**

Referat 304: Internationale und interregionale Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik

Nicole Ewert-May

Meike Denker

Gabriele Schwarzer

Haarstr. 5

30169 Hannover

Ruf: 0511 / 120 -6790, -6794, -6791

Fax: 0511 / 120 -99 -6790, -99 -6794

E-Mail: Nicole.Ewert@stk.niedersachsen.de

Meike.Denker@stk.niedersachsen.de

Gabriele.Schwarzer@stk.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen**Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen**

Stadttor 1

40190 Düsseldorf

Gruppe IV B "Internationale Angelegenheiten und Eine-Welt-Politik"

Referat IV B 1 "Grundsatzfragen und Beziehungen zu internationalen Organisationen"

Dr. Lale Akgün

Ruf: 0211 / 837 -1459

Fax: 0211 / 837 -1672

E-mail: lale.akguen@stk.nrw.de

Referat IV B 5 "Entwicklungspolitische Inlandsarbeit"
Hans-Christoph Boppel
Ruf: 0211 / 837 -1410 Fax: 0211 / 837 -1672
E-Mail: hans-christoph.boppel@stk.nrw.de

Referat IV B 4 "Internationale Beziehungen zu Afrika, entwicklungspolitische Auslandsarbeit"
Christiane Neuchel-Möllering
Ruf: 0211 / 837 -1419 Fax: 0211 / 837 -1672
E-Mail: christiane.neuchel-moellering@stk.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

Referat 316, Grundsätze der Entwicklungspolitik
Dr. Carola Stein
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Ruf: 06131 / 16 -3479 Fax: 06131 / 16 -3335
E-Mail: Carola.Stein@ism.rlp.de

Saarland

Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft des Saarlandes

Referat B 5, Außenwirtschafts-, Messenförderung, Entwicklungszusammenarbeit
Franz-Josef-Röder-Str. 17
66119 Saarbrücken
Fax: 0681 / 501 -4211
MR Axel Kampf
Ruf: 0681 / 501 -4140
E-Mail: a.kampf@wirtschaft.saarland.de
RAR Jörg Kugler
Ruf: 0681 / 501 -4277
E-Mail: j.kugler@wirtschaft.saarland.de

Sachsen

Sächsische Staatskanzlei

Abteilung Presse-/Öffentlichkeitsarbeit/Protokoll/Außenbeziehungen
Kay-Uwe Birkigt
Archivstr. 1
01097 Dresden
Ruf: 0351 / 564 -0
E-Mail: kay-uwe.birkigt@smwa.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt

Referat 32, Interregionale Wirtschaftskooperation und Entwicklungszusammenarbeit
Gabriele Wronna
Hasselbachstr. 4
39104 Magdeburg
Tel. : 0391 / 567 -4240 Fax : 0391 / 567 -4722
E-Mail: gabriele.wronna@mw.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein**Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein**

Referat V 12 "Bildung und Nachhaltigkeit, Verwaltungsbehörde ELER und Gemeinschaftsaufgabe, Internationale Zusammenarbeit"

Mercatorstr. 3

24106 Kiel

Heinz Sandbrink, V 12

Ruf: 0431 / 988 -4988

E-mail: Heinz.Sandbrink@mlur.landsh.de

Harald Bach, V 127

Ruf: 0431 / 988 -7151

Fax: 0431 / 988 -7239

E-mail: Harald.Bach@mlur.landsh.de

Thüringen**Thüringer Staatskanzlei**

Internationale Angelegenheiten

Cornelia Schymura

Heiderose Röttschke

Regierungsstr. 73

99084 Erfurt

Ruf: 0361 / 37 92 -140, -144

Fax: 0361 / 37 92 -149

E-Mail : cornelia.schymura@TSK.thueringen.de

heiderose.roetschke@TSK.thueringen.de

Zuständiges Referat im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat 113

Dr. Doris Witteler-Stiepelmann

Dr. Veronika Ulbert

Europahaus

Stresemannstr. 94

10963 Berlin

Ruf: 01888 / 535 -2860, -2861

Fax: 01888 / 535 -2503, -2590

E-Mail: Doris.Witteler-Stiepelmann@bmz.bund.de

Veronika.Ulbert@bmz.bund.de

Statistisches Bundesamt

(für die statistische Zusammenführung der Länderdaten zuständig seit 1.1.2006)

Statistisches Bundesamt

F 3 „Öffentliche Haushalte und Unternehmen“

Carmen Weiss

65180 Wiesbaden

Ruf: 0611 / 75 -3481

E-Mail: Entwicklungszusammenarbeit@destatis.de

Anhang VIII

NRO-Ländernetzwerke

(Stand Mai 2011; Diese Angaben werden zeitnah aktualisiert auf der Website des World University Service: www.wusgermany.de)

Landesnetzwerk Baden-Württemberg

DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.
Vogelsangstr. 92
70197 Stuttgart
Ruf: 0711 / 6648 7360
Fax: 0711 / 645 3136
E-Mail: info@deab.de

Landesnetzwerk Bayern

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
Weiße Gasse 3
86150 Augsburg
Ruf: 089 / 3504 0796
E-Mail: info@eineweltnetzwerkbayern.de

Landesnetzwerk Berlin

BER Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Ruf: 030 / 4285 1587
Fax: 030 / 4985 5381
E-Mail: buero@ber-ev.de

Landesnetzwerk Brandenburg

VENROB Verbund Entwicklungspol. Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.
c/o BBAG e.V.
Schulstr. 8b
14482 Potsdam
Ruf: 0331 / 704 8966
Fax: 0331 / 270 8690
E-Mail: info@venrob.org

Landesnetzwerk Bremen

BeN Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V.
Breitenweg 25
28195 Bremen
Ruf: 0421 / 326 045
E-Mail: info@ben-bremen.de

Landesnetzwerk Hamburg

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
Große Bergstr. 255
22767 Hamburg
Ruf: 040 / 358 9386
Fax: 040 / 358 9388
E-Mail: info@ewnw.de

Landesnetzwerk Hessen

EPN Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.
Vilbeler Str. 36
60313 Frankfurt/M
Ruf: 069 / 9139 5170
Fax: 069 / 295 104
E-Mail: info@epn-hessen.de

Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Goethestr. 1
18055 Rostock
Ruf: 0381 / 490 2410
Fax: 0381 / 490 2491
E-Mail: info@eine-welt-mv.de

Landesnetzwerk Niedersachsen

VEN Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.
Hausmannstr. 9-10
30159 Hannover
Ruf: 0511 / 391 650
Fax: 0511 / 391 675
E-Mail: hannover@ven-nds.de

Landesnetzwerk Nordrhein-Westfalen

Eine Welt Netz NRW e.V.
Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Ruf: 0251 / 284 669-0
Fax: 0251 / 294 669-10
E-Mail: info@Eine-Welt-Netz-NRW.de

Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz

ELAN Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk
Rheinland-Pfalz e.V.
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz
Ruf: 06131 / 972 0867
Fax: 06131 / 972 0869
E-Mail: info@elan-rlp.de

Landesnetzwerk Saarland

NES Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.
Evangelisch-Kirch-Str. 8
66111 Saarbrücken
Ruf: 0681 / 938 5235
Fax: 0681 / 938 5264
E-Mail: info@nes-web.de

Landesnetzwerk Sachsen

ENS Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsens e.V..
Kreuzstr. 7
01067 Dresden
Ruf: 0351 / 492 3364
Fax: 0351 / 492 3360
E-Mail: kontakt@einewelt-sachsen.de

Landesnetzwerk Sachsen-Anhalt

EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.
Johannisstr. 18,
06844 Dessau
Fon: 0340 / 230 1122
Fax: 0340 / 230 1121
e-mail: ewnsa@web.de

Landesnetzwerk Schleswig-Holstein

BEI Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Papenkamp 62
24114 Kiel
Ruf: 0431 / 6793 9900
Fax: 0431 / 6793 9906
E-Mail: info@bei-sh.org

Landesnetzwerk Thüringen

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
Gutenbergstr. 1
07743 Jena
Ruf: 03641 / 2249 950
Fax: 03641 / 2249 949
E-Mail: buero@ewnt.de

Anhang IX

Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom Oktober 2008

Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen

(Stand: 22. Oktober 2008)

I. Weltweite Herausforderungen und die Aufgaben der Länder

Die Bekämpfung von Hunger und Armut, der Klimawandel und die weltweit zunehmende Migration stellen die Entwicklungspolitik vor neue Herausforderungen. Die Bewältigung der globalen wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Umwälzungen erfordert nicht nur von den Nationalstaaten und internationalen Institutionen, sondern auch von den Ländern verstärkte Anstrengungen.

Vor dem Hintergrund der Millennium-Entwicklungsziele von 2000 und der Paris Deklaration von 2005 wollen die Länder ihre spezifischen Kompetenzen komplementär zu den nationalen und internationalen Akteuren einsetzen, ohne als weitere Geber in Konkurrenz zu ihnen zu treten. Es ist die vorrangige Aufgabe der Länder, als Träger und Rahmengerber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren, diese zu koordinieren und zu unterstützen. Die partnerschaftlichen Aktivitäten der Länder und Kommunen mit Städten, Provinzen, Regionen und Staaten der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer gilt es weiter auszubauen.

Mit ihrem vielfältigen Engagement nehmen die Länder nicht nur Mitverantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung wahr, sondern sichern auch ihre eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Wissen, Innovation und interkultureller Kompetenz für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und angesichts der großen Wachstumspotentiale vieler Entwicklungsländer wird sich das entwicklungspolitische Engagement auch für die Länder selbst nutzbringend auswirken.

II. Kernkompetenzen und Handlungsfelder für das Engagement der Länder

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich die Länder nach Maßgabe ihrer entwicklungspolitischen, personellen und haushaltsbezogenen Präferenzen auf folgende Kernkompetenzen und Handlungsfelder:

1. Klimaschutz und Energie

Klimaschutz, Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien sind zu Schlüsselthemen der Entwicklungspolitik geworden. Auf Grund ihrer breiten Erfahrungen und ihrer Nähe zu den Akteuren der Wirtschaft sind die Länder prädestiniert, einen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels zu leisten.

2. Ernährungssicherheit und ländliche Räume

Das Millenniumsziel, den Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung bis 2015 zu halbieren, ist gefährdet. Die Länder können durch Beratung, Bildung und Forschung vielfältige Angebote entwickeln, um die Produktivität der Landwirtschaft sowie den Lebensstandard in den ländlichen Räumen in den Entwicklungsländern zu verbessern.

3. Migration und Entwicklung

An der Schnittstelle von Entwicklungspolitik, Migration und Integration ergeben sich neue Aufgaben und Chancen für die Länder. Die Aktivierung der Diaspora kann neue Potentiale für die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit Entwicklungsländern mobilisieren und die Kompetenz der Migranten als Brückenbauer zu ihren Heimatländern stärken.

4. Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Die Länder wollen ihr wissenschaftliches Know-how und die Kompetenz ihrer Hochschulen verstärkt für die Entwicklungszusammenarbeit nutzen und ihre Hochschulen für ausländische Studierende und Wissenschaftler attraktiver machen. Sie leisten damit einen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Bildungskooperation und wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit.

5. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für Armutsbekämpfung und Bewältigung des Klimawandels. Die Entwicklungszusammenarbeit von heute ist die Außenwirtschaft von morgen. Die Länder wollen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit besser zusammen führen und ihre Wirtschaftsförderung stärker für das Engagement von kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungsländern nutzen.

6. Gute Regierungsführung und Dezentralisierung

Mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen im föderalen System sind die Länder in besonderem Maße geeignet, Entwicklungsländer in Bezug auf gute Regierungsführung und beim Aufbau dezentraler Verwaltungsstrukturen zu unterstützen und einen aktiven Beitrag zum „capacity building“ zu leisten.

7. Kultur und Entwicklung

Kultureller Austausch dient der Völkerverständigung und trägt zur internationalen Konfliktprävention bei. Deshalb gewinnen der interkulturelle Dialog und die Umsetzung kultureller Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt (2005). Die Länder wollen die Kulturkooperation mit Entwicklungsländern – auch gemeinsam mit dem Bund – verstärken

8. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Es bleibt die wichtige Aufgabe der Länder, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement zu fördern. Gleichwohl begrüßen die Länder das Engagement des Bundes in diesem Bereich. Einer

gemeinsam getragenen und breit angelegten entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Sektor kommt eine große Bedeutung zu. Dies sollte mit den Anstrengungen der Länder zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und mit dem neuen Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung verbunden werden.

III. Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung

Die Leistungen der Länder in ihrer Substanz und Vielfältigkeit sind für die Entwicklungspolitik unverzichtbar und öffnen neue Perspektiven für ein verstärktes gemeinsames Engagement. Die Länder sind bereit, auch weiterhin ihre Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen.

Dem Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für „capacity building“ im Bereich kommunaler Aufgaben. Von der Bundesregierung erwarten die Länder Kooperation und Unterstützung. Dies bedeutet insbesondere:

- Dort, wo die Länder im Hinblick auf bestimmte Zielländer oder Themen besonderes Engagement zeigen oder über besondere Kompetenz verfügen, sollte die Bundesregierung die Länder stärker in die bilaterale und internationale Entwicklungszusammenarbeit des Bundes einbinden (Ländergespräche, Thementeam, Kooperation mit CIM, DED, GTZ, InWent, KfW u. a.).
- Regionale und überregionale Strukturen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in Deutschland sind für die Länder von großer Bedeutung. Sie sollen erhalten bleiben und gestärkt werden.
- Von der Stärkung des Standortes Bonn als Sitz der Vereinten Nationen und internationales Kompetenzzentrum für Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung können alle Länder profitieren. Im Lichte dieser Erfahrung bitten die Länder die Bundesregierung, für die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen in Deutschland zu werben.

Nur durch gemeinsame entwicklungspolitische Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen wird es Deutschland gelingen, seine Zukunftsfähigkeit im globalen Wettbewerb zu wahren.

... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Weitere Informationen finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Germanwatch

"Hinsehen, Analysieren, Einmischen" – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit sowie den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt des Einsatzes von Germanwatch für eine nachhaltige Entwicklung.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels, faire Handelsbeziehungen, einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt und die Einhaltung der Menschenrechte stark machen. Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch Büro Berlin
Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Bankverbindung / Spendenkonto:

Konto Nr. 32 123 00, BLZ 100 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft AG